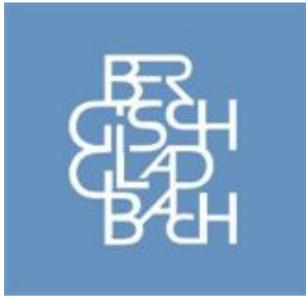




Stadt Bergisch Gladbach

Beteiligungsbericht 2007

VV-10 Zentrales Controlling



VORWORT

Bereits zum zwölften Mal legt die Verwaltung ihren Beteiligungsbericht zur Information des Rates und der interessierten Bürgerinnen und Bürger vor. Hiermit erfüllt sie nicht nur die nach der Gemeindeordnung vorgegebene Pflicht zur Berichterstattung über die städtischen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts, sie zeigt damit auch erneut auf, wie vielfältig die Engagements und Erscheinungsformen städtischer Politik in Bergisch Gladbach sind.

Angesichts der Bedeutung der Beteiligungsunternehmen und eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und der immer knapper gewordenen finanziellen Ressourcen der Stadt wird die Steuerung des Beteiligungsvermögens immer wichtiger werden. Dabei müssen finanzielle und strategische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden. Der Beteiligungsbericht bietet dafür eine Grundlage.

Dieser gesamtstädtischen Sichtweise folgt auch die Novellierung der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung unter dem Stichwort „Neues Kommunales Finanzmanagement“. Diese Reform bedeutet nicht nur die Einführung eines kaufmännischen Rechnungswesens in der Verwaltung, sondern auch eine Integration der Unternehmen in eine Gesamtsicht. Hierzu wird zukünftig auch die Ergebnisfeststellung im Sinne einer Zielerreichung als auch der Ermittlung von Vermögen und Schulden für die gesamte Stadt bis hin zur Konzernsicht mit allen Beteiligungen erfolgen.

In 2007 war die Stadt Bergisch Gladbach an 10 Gesellschaften unmittelbar beteiligt; daneben unterhielt sie 7 eigenbetriebsähnliche Einrichtungen über die gesondert berichtet werden wird.

Beginnend mit dem Beteiligungsbericht 2005 werden nun die Positionen der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, sowie die Kennzahlen von fünf Geschäftsjahren dargestellt. Grundlage für die Kennzahlen sind die geprüften und testierten Jahresabschlüsse der Unternehmen zum 31.12.2007. Somit wird ein noch detaillierteres Bild über die Entwicklung der Unternehmen vermittelt. Wie im letzten Beteiligungsbericht sind darüber hinaus die finanziellen Auswirkungen auf den Kameralhaushalt enthalten. Diese betreffen im Rahmen dieses Berichts die Jahre 2004 – 2008.

Klaus Orth
Bürgermeister

Jürgen Mumdey
Stadtkämmerer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Beteiligungsstrukturen	3
Übersicht ausgewählter Abschlussdaten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5

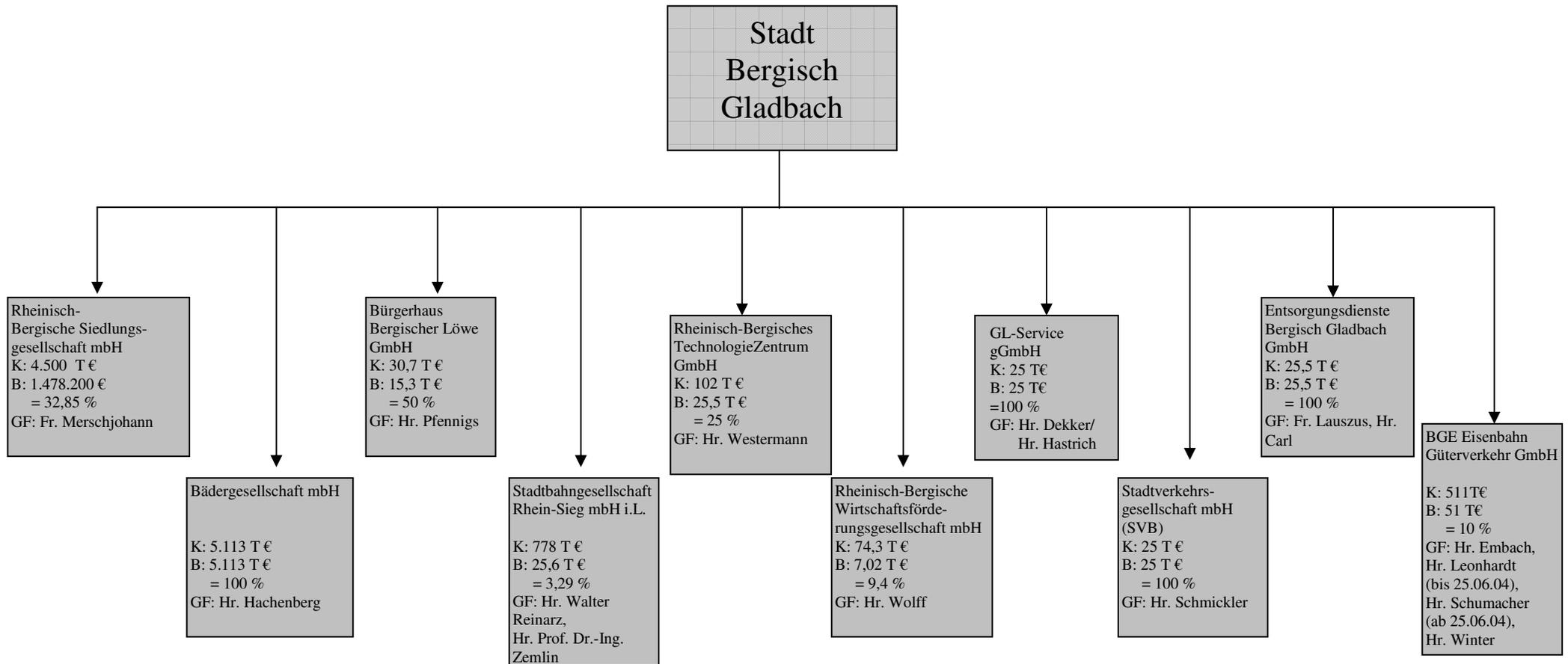
Beteiligungen

1. Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	8
2. Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH	16
3. Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH	25
4. Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	33
5. Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	41
6. Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH	50
7. BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH	59
8. Stadtverkehrsgesellschaft mbH	66
9. Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH	72
10. GL Service gGmbH	78

Anhang

Definition der Kennzahlen	83
---------------------------	----

Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach



K= Kapital

B= Beteiligung

Stand: 01.01.2008

Übersicht der direkten Beteiligungen der Stadt Bergisch Gladbach
Basis: Jahresabschlüsse 2007

Beteiligung	städt. Anteil Stammk.in T€	städt. Anteil in %	Bilanzsumme in T€	Eigenkapital in T€	Umsatzerlöse in T€	Anzahl der Mitarbeiter	Jahresüberschuss/ -fehlbetrag
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	1.478	32,85	62.833	15.757	9.808	18	1.215
Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg	26	3,29	4.125	220	180	7	-557
Bürgerhaus Bergischer Löwe	15	50,00	624	48	608	10	4
Rheinisch Bergisches TechnologieZentrum GmbH	26	25	1.873	129	284	1	-4
Rheinisch Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft	7	9,4	4.781	3.222	25	6	-622
Bädergesellschaft mbH	5.113	100,00	49.657	33.884	936	20	-2.786
BGE Eisenbahn Güter- verkehrsgesellschaft mbH	51	10	16.755	0	4.678	0	9
Stadtverkehrsgesellschaft mbH	25	100	79	25	16	1	-161
Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH	25	100	1.881	229	1.442	27,25	184
GL-Service gGmbH	25	100	176	78	43	13,5	27
S u m m e gerundet	6.791		142.784	53.592	18.020	104	-2.691

Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes

1. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 112 Gemeindeordnung NW a.F. (§ 117 GO NW n.F.) hat die Gemeinde zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben. Der Bericht soll insbesondere Angaben über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligten, Beteiligungsverhältnisse und die Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft enthalten. Die Einsicht in den Bericht ist jedermann gestattet. Die Gemeinde hat den Bericht zu diesem Zweck bereitzuhalten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

2. Ziel des Beteiligungsberichtes

Die gesetzlichen Bestimmungen, in denen die Voraussetzungen für die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigungen der Gemeinden in Nordrhein-Westfalen geregelt sind, finden sich in den §§ 107 ff. der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW). Durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverantwortung – GO Reformgesetz, welches am 17.10.2007 in Kraft getreten ist, wurde u.a. der § 107 Abs. 1 Satz 1 GO NW wie folgt geändert (Änderungen fett hervorgehoben):

Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein **dringender** öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der **dringende** öffentliche Zweck durch andere Unternehmen **nicht ebenso gut und wirtschaftlich** erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen.

Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte. Für eine Reihe von Einrichtungen sieht die Gemeindeordnung jedoch Ausnahmeregelungen vor.

Auf Grund der o.g. Änderung der GO NW ist eine wirtschaftlichen Betätigung nur noch dann zulässig, wenn ein **dringender** öffentlicher Zweck diese erfordert. Außerdem wurde die Subsidiaritätsklausel des § 107 (1) S. 1 Nr. 3 GO NW verschärft, die die Ausübung der durch einen dringenden öffentlichen Zweck erforderlichen wirtschaftliche Tätigkeit an die Bedingung knüpft, dass diese **nicht ebenso gut und wirtschaftlich** durch andere Unternehmen erfüllt werden kann.

Weitere bedeutende Änderungen des Gemeindefirtschaftsrechts auf Grund des GO Reformgesetzes können wie folgt zusammengefasst werden:

- Analog zur wirtschaftlichen Tätigkeit wird auch die Zulässigkeit der Ausübung einer nichtwirtschaftlichen Tätigkeit an das Vorliegen eines **dringenden** öffentlichen Zwecks gebunden.
- Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Tätigkeit außerhalb des Gemeindegebiets und bei der Versorgung mit Strom und Gas im Ausland werden durch die Änderung des § 107 (1) GO NW analog verschärft.
- Die Rolle des Rates ist im Hinblick auf mittelbare Beteiligungen verstärkt worden, so ist u.a. nach § 111 (2) GO NW auch der Verkauf einer mittelbaren Beteiligung nur nach einer vorherigen Entscheidung des Rates zulässig.
- Bezüglich der gemeindlichen Anstalten des öffentlichen Rechts wurden weitere Regelungen zur Stärkung der Position des Rates getroffen.

Im Gesetzentwurf des GO Reformgesetzes werden die Hintergründe der oben genannten Änderungen der GO NW u.a. wie folgt erläutert:

„Angestrebt wird mit den Änderungen eine noch stärkere Konzentration der kommunalen Gebietskörperschaften auf die Kernaufgaben der öffentlichen örtlichen Daseinsvorsorge und damit auch eine Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorgetätigkeit.“

Bezüglich der nach bisherigem Recht aufgenommenen und danach zulässigen wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen formuliert der Gesetzesentwurf einen Bestandsschutz.

Mit der Fortschreibung des Beteiligungsberichtes soll und muss gemäß den gesetzlichen Vorschriften regelmäßig jährlich über die Entwicklung der öffentlichen Unternehmen berichtet und dadurch der Gesamtüberblick erleichtert werden.

Die wirtschaftlichen Daten der Unternehmen und die textlichen Angaben basieren auf den Jahresabschlüssen **2003 - 2007**. Die finanziellen Auswirkungen auf den Kameralhaushalt und die Entwicklung des Stellenplanes wurde für die Jahre **2003 -2007 bzw. 2008** dargestellt.

3. Steuerung über die Gesellschaftsorgane

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung sind die Steuerungs- und Kontrollgremien der Gesellschaften. Hier wird insbesondere über die Beratung und Genehmigung der Wirtschaftspläne und der Investitions- und Finanzpläne Einfluss auf die jeweiligen Leistungsprogramme der Gesellschaften genommen. Daneben gibt es je nach Spezifizierung im Gesellschaftsvertrag weitere Zustimmungsvorbehalte durch den Aufsichtsrat bzw. die Gesellschafterversammlung.

In den vergangenen Jahren wurde eine Reihe von kommunalen Aufgaben ausgegliedert. Neben dem klassischen Verwaltungsbereich ist ein Beteiligungsbereich mit erheblicher finanzieller und kommunalpolitischer Bedeutung entstanden. Das bedeutet, dass durch den Anstieg und die Verantwortung über Umsätze, Mitarbeiterzahlen und Vermögenswerte Größen mit enormer Bedeutung entstanden sind, die gesteuert werden müssen.

Träger der Beteiligungssteuerung ist der Rat. Er stützt sich dabei auf die Verantwortungsstrukturen der Verwaltung. Politik und Verwaltungsführung werden in zentralen Angelegenheiten vom Zentralen Controlling (Beteiligungscontrolling) unterstützt.

Zukünftig soll zur Unterstützung der städtischen Vertreter in den Gremien und somit zur Steuerung der Beteiligungen, im Rahmen eines Beteiligungscontrollings ein Berichtswesen mit strategischen Zielen aufgebaut werden.

Basis hierfür ist das vom Rat am 30.06.2009 beschlossene Konzept zur Steuerung und Kontrolle der privatrechtlichen Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Bergisch Gladbach, welches darüber hinaus u.a weisungspflichtige Geschäftsvorfälle definiert.

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH
Sitz	Paffrather Strasse 48, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	13.05.1948
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 21.11.2007
Handelsregister	HRB 45523 beim Amtsgericht Köln, letzte Eintragung am 14. Dezember 2007
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Mit der Neufassung des Gesellschaftsvertrags vom 21.11.2007 trägt die Gesellschaft nicht mehr den Zusatz „Gemeinnützig“ im Namen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die RBS viele Anforderungen des ehemaligen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (wie beispielsweise die Beschränkung der Dividendenausschüttung) nicht mehr erfüllt.

2. Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare ökologisch ausgerichtete Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und der Rheinisch-Bergische Kreis werden den öffentlich geförderten Wohnungsbau schwerpunktmäßig und gleichrangig durch die Gesellschaft durchführen und die Gesellschaft dafür mit dem erforderlichen Kapital ausstatten.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Die Gesellschaft kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamttrentabilität des Unternehmens ermöglichen. Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Dr. Reimer Fischer vertreten.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 21.11.2007 aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Weiter sind der Landrat und der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter geborene Mitglieder des Aufsichtsrates. Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung der Stadt Bergisch Gladbach im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

Udo Wasserfuhr, Kämmerer Kreisverwaltung,	Vorsitzender
Jürgen Albrecht, Dipl.-Bau Ingenieur	stellv. Vorsitzender
Klaus-Peter Freese, Beamter i. Pension	bis 14.02.2008
Klaus W. Waldschmidt, Rechtsanwalt	ab 15.02.2008
Hans Seigner, Vorstandsmitglied KSK Köln	
Dr. Uwe Kassner, Mathematiker bei Kommunalem Verband i.R.	
Jürgen Mumdey, Stadtkämmerer	
Udo Klemt, Rechtsanwalt	
Peter Sacher, Technische Angestellter	
Volker Damm, Rentner	
Bert Höhne, Immobilienkaufmann	
Frank Rausch, Mess- und Regeltechniker	

Im Geschäftsjahr 2007 fanden 4 Sitzungen des Aufsichtsrates statt. Die Bezüge des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2007 betragen 2.300 €.

3.3 Geschäftsführung

Als alleinige Geschäftsführerin bestellt und im Handelsregister eingetragen ist Frau Sabine Merschjohann, staatlich geprüfte Betriebswirtin mit Fachrichtung Wohnungswirtschaft und Realkredit.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital in Höhe von 4.500.000,00 € ist in voller Höhe eingezahlt bzw. durch Sacheinlagen eingebracht.

Am Stammkapital sind die nachstehenden Gesellschafter wie folgt beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschaftsanteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200,-	32,85
Rheinisch-Bergischer Kreis	1.478.200,-	32,85
Zweckverband der KSK Köln	299.950,-	6,67
Kreissparkasse –Kapitalbeteiligung Holding GmbH, Köln	89.900,-	1,99
Gemeinde Kürten	21.850,-	0,49
RBS GmbH (eigene Anteile)	1.131.900,-	25,15

Im Dezember 2007 erwarb die Gesellschaft eigene Anteile von den Gesellschaftern zum Ertragswert des Unternehmens für 2.263.800 €.

5. Beschäftigte

Neben der Geschäftsführerin wurden in 2007 im Jahresdurchschnitt 9 kaufmännische Angestellte (6 Vollbeschäftigte und 3 Teilzeitbeschäftigte), 2 technische Angestellte, 5 Mitarbeiter im Regiebetrieb/Hauswarte und eine Auszubildende beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die DOMUS REVISION AG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

7. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresüberschuss von **1.215 T€** (Vorjahr: 686 T€) abgeschlossen. Nach der Einstellung von 121.514,54 € in die gesellschaftsvertragliche Rücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von 1.094 T€.

Der Leistungsbereich Hausbewirtschaftung (+ 1.100 T€) erzielte ein positives Ergebnis. Die Leistungsbereiche der Bautätigkeit (0 T€), der Betreuungstätigkeit (-8 T€) und der sonstigen betrieblichen Tätigkeit (- 13 T€) weisen kein positives Ergebnis bzw. eine Unterdeckungen auf. Das Finanzergebnis (+ 166 T€) und das neutrale Ergebnis (+ 343 T€) trugen positiv zum Jahresergebnis bei. Das im Vergleich zum Vorjahr um 433 T€ gestiegene positive Ergebnis des Leistungsbereichs Hausbewirtschaftung resultiert aus den erhöhten Sollmieten und den gesunkenen Instandhaltungsaufwendungen. Die Mietausfälle betragen 124 T€ bzw. 1,3 % der Sollmieten und Umlagen.

Die Mieterträge betragen im Berichtsjahr 6.685 T€ (Vorjahr 6.648 T€). Die größte Steigerung ergab sich aus der Ausschöpfung von Mieterhöhungsmöglichkeiten sowie bei Neuvermietungen (101 T€). Daneben wurden auf Grund der durchgeführten Mieterhöhungen nach Abschluss der Modernisierung von 100 Wohnungen in der Siedlung „Im Buchholz“ ein Mehrertrag von 65 T€ ausgelöst. Die Erlösschmälerungen sind erneut auf 99 T€ gestiegen. Dies ist insbesondere durch die Gewährung einer Mietminderung auf Grund Kanal- und Straßenbauarbeiten in der Siedlung Lehrbach und der Zunahme des renovierungsbedingten Leerstandes zurückzuführen.

Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen von der Hausbewirtschaftung bestimmt. Nach dem Wirtschaftsplan wird für 2008 mit einem Gewinn von rd. 550 T€ gerechnet. Unter Einbeziehung des Wirtschaftsplans ist die Ertragslage gesichert.

Im Jahr 2007 wurden 2.374 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt. Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2007 wurden 12 Wohnungen umfangreich saniert, die Kosten betragen insgesamt 126 T€. Hinzu kamen Anstricharbeiten in Treppenhäusern in einem Wert von ca. 32 T€.

Außerdem wurde Mittel in die systematische Erneuerung von Dächern, in die Erneuerung von Sprechanlagen, und in die umfangreichen Sanierungsarbeiten an den Entwässerungsleitungen einer Siedlung investiert.

Die langfristigen Vermögenswerte waren zum Bilanzstichtag in voller Höhe durch Eigenkapital und langfristiges Fremdmittel gedeckt. Das Eigenkapital stieg um 1.013 T€ auf 15.757 T€. In 2007 wurde eine Eigenkapitalrentabilität von 10,1 % (Vorjahr 4,9%) erreicht.

Der Finanzmittelbestand erhöhte sich, trotz der Auszahlung zum Erwerb eigener Anteile i.H.v. 2.264 T€, in 2007 um 15 T€.

Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war in 2007 jederzeit gegeben. Unter Einbeziehung der Finanzplanung ist die Zahlungsfähigkeit auch für 2008 gewährleistet. Für die geplanten Neuinvestitionen sind die erforderlichen Eigenmittel vorhanden.

8. Grundbesitz, Haus- und Wohnungsbestand

Der Grundbesitz der Gesellschaft teilt sich flächenmäßig wie folgt auf:

Grundstücksfläche mit Wohnanlagen	= 239.659 qm
Erbbaugrundstücke mit Wohnanlagen	= 18.199 qm
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	= 1.391 qm
Wohn- und Nutzfläche insgesamt	= 109.811 qm

Der Haus- und Wohnungsbestand stellt sich zum 31.12.2007 wie folgt dar:

- 339 Häuser	- 1.779 Wohnungen
- 283 Garagen	- 1 Gewerbliches Objekt
- 283 Stellplätze	

9. Berichterstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft ist im Berichtsjahr 2007 ihren satzungsgemäßen Aufgaben wie z.B. eine sichere und sozial verantwortbare und preiswerte Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung nachgekommen. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des gültigen Gesellschaftsvertrages und des GmbH-Gesetzes sowie der Geschäftsanweisung durchgeführt.

10. Ausblick

Aus dem Anfang des Jahres 2008 aktualisiert herausgegebenen Mietspiegel der Stadt Bergisch Gladbach ist heraus zu lesen, dass die Mietpreise in den Jahren 2006 und 2007 stabil blieben; lediglich in Spitzenlagen stieg die Nettokaltmiete geringfügig. Trotzdem konnte die Gesellschaft ihre Erträge aus der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten sichtbar steigern.

Angesichts der Marktlage im Rheinisch-Bergischen Kreis muss sich die RBS, angesichts der bereits relativ hohen Unternehmensdurchschnittsmiete, schon jetzt verstärkt der Aufgabe stellen, preiswerten Wohnraum für gering verdienende Haushalte, darunter insbesondere Zielgruppen wie Senioren, zur Verfügung zu halten.

Zur Sicherung der langfristigen Vermietbarkeit des Wohnungsbestandes müssen erhöhte Aufwendungen für Instandsetzung und Modernisierung insbesondere im Hinblick auf die Wünsche älterer Mieter aufgewendet werden. Diese Risiken belasten in den nächsten Jahren entsprechend die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage.

Kennzahlen im Überblick/Rhein.Berg.Siedlungsgesellschaft mbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	83,4%	89,1%	90,3%	88,3%	84,8%
Umlaufintensität in %	16,6%	10,9%	9,7%	11,7%	15,2%
Investitionsquote	5,5%	11,7%	5,8%	1,2%	0,2%
Reinvestitionsquote	195,4%	457,3%	217,4%	48,4%	9,6%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	22,8%	22,2%	22,7%	23,5%	25,1%
Fremdkapitalquote in %	77,2%	77,8%	77,3%	76,5%	74,9%
Anlagendeckung I in %	27,9%	25,9%	25,1%	26,7%	29,6%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	1.764.000 €	2.265.000 €	2.274 T€	1.391 T€	2.657 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	5,8%	4,9%	6,4%	6,6%	11,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	4,8%	4,4%	4,8%	5,0%	10,2%
Gesamtkapitalrentabilität in %	3,3%	3,0%	3,0%	2,8%	4,2%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	9,9%	9,8%	8,8%	9,0%	8,8%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
ausgezahlte Nettodividende	106.170 €	106.170 €	106.170 €	0 €	74.656 €

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH
Sitz	Scheidtweilerstrasse 38, 50933 Köln
Gründung	17.05.1974
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 02.07.2002
Handelsregister	HRB 6597 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Planung, Bau und Betrieb einer Stadtbahn sowie der P+R- bzw. B+R-Anlagen im Verkehrsraum Köln/Bonn. Zur Planung und Bauausführung innerhalb des jeweiligen Gemeindegebietes bedient sich die Gesellschaft der betroffenen Gemeinde; diese ist verpflichtet, die von der Gesellschaft festgelegten allgemeinen Richtlinien zu beachten. Sie wird den Betrieb der Stadtbahn, soweit das mit der Zweckbestimmung des Unternehmens vereinbar und wirtschaftlich ist, auf einzelne Nahverkehrsbetriebe oder Regionalgesellschaften übertragen. Die Gesellschaft dient ausschliesslich dem öffentlichen Nahverkehr.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter haben für je 5.120 € ihres Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel des Stammkapitals vertreten sind.

Die Stadt Bergisch Gladbach wurde im Jahre 2007 in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Felix Nagelschmidt, Ratsmitglied, vertreten.

Im Jahre 2007 fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus:

1. den Vertretern der Gesellschafter; die Gesellschafter entsenden für jede angefangenen 100 T€ ihrer Geschäftsanteile einen Vertreter;

2. je einem Vertreter der Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB) und der Bonner Stadtwerke/Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises (SWB/SSB), solange diese öffentlichen Personennahverkehr auf Schienen betreiben

3. einem Vertreter der Bundesrepublik Deutschland

4. einem Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen

5. einem Vertreter der Fachgewerkschaften im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes

Der Aufsichtsrat setzt sich in 2007 wie folgt zusammen:

Walter Grau (Vorsitzender)	MdR	Stadt Köln
Horst Naaß (1. stellv. Vorsitzender)	Bürgermeister	Bundesstadt Bonn
Otto Jung (2. stellv. Vorsitzender)	MdR	Stadt Bergisch Gladbach
Karl-Hans Ganseuer (3. stellv. Vorsitzender)	Kreiskämmerer	Stadtwerke Bonn GmbH /Elektrische Bahnen
Jürgen Braun	Co-Dezernent	Bundesstadt Bonn
Walter Esser	Bürgermeister	Stadt Niederkassel
Rainer Gleß	Techn. Beigeordneter	Stadt Sankt Augustin
Dr.- Ing. Dieter Glück	Baudirektor	Bundesministerium für Ver- kehr, Bau- und Wohnungswe- sen, Bonn
Bruno Görg	KtA	Rhein-Sieg-Kreis
Bernhard Hadel	Erster Beigeordneter	Stadt Wesseling
Wolfgang Henseler	Bürgermeister	Stadt Bornheim
Franz Huhn	Bürgermeister	Kreisstadt Siegburg
Hans-Theo Klug	MdR	Stadt Brühl
Jochen Kröger	MdR, Fachbereichsleiter	Stadt Königswinter
Peter Meyer	Stellv. Geschäftsführer	Gewerkschaft ver.di
Wendel Mispelkamp	MdR	Stadt Köln
Peter Müller	Ministerialrat	Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes NRW; Düsseldorf
Karl-Peter Nahlen	KtA	Rhein-Erft-Kreis
Monika Oestreich	Erste Beigeordnete	Stadt Bad Honnef
Michael Schroerlücke	MdR	Gemeinde Alfter
Bernd Streitberger	Beigeordneter	Stadt Köln
Manfred Waddey	Technischer Angestellter	Stadt Köln
Gerald Wolter	MdR (ab 14.11.2006)	Stadt Hürth
Edith Wurbs	Vorstandsmitglied	Kölner Verkehrs-Betriebe AG

MdR = Mitglied des Rates

KtA = Kreistagsabgeordneter

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit keine Bezüge.

3.3 Geschäftsführer

Ein Geschäftsführer soll dem Vorstand der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, ein weiterer Geschäftsführer der Geschäftsführung der Stadtwerke Bonn GmbH angehören. Die erwähnten Geschäftsführer üben ihre Tätigkeit in der Gesellschaft nebenamtlich aus.

Die Geschäftsführung obliegt in 2007 Herrn Walter Reinarz und Herrn Jürgen Reining.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Bezüge der Geschäftsführer auf 13 T€.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital ist voll einbezahlt und beträgt **778.240 €**.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Köln	389.120,-	50,00
Bundesstadt Bonn	158.720,-	20,39
Stadt Bergisch Gladbach	25.600,-	3,29
Stadt Brühl	25.600,-	3,29
Stadt Königswinter	20.480,-	2,63
Stadt Siegburg	20.480,-	2,63
Stadt Sankt Augustin	20.480,-	2,63
Stadt Bad Honnef	15.360,-	1,97
Stadt Bornheim	15.360,-	1,97
Stadt Wesseling	15.360,-	1,97
Stadt Hürth	30.720,-	3,95
Gemeinde Alfter	10.240,-	1,32
Rhein-Erft-Kreis	10.240,-	1,32
Rhein-Sieg-Kreis	10.240,-	1,32
Stadt Niederkassel	10.240,-	1,32
Gesamt	778.240,-	100,00

5. Beschäftigte

Der Personalbestand wies am 31.12.2007 mit den beiden Geschäftsführern insgesamt sieben Mitarbeiter aus (2006: 7 Mitarbeiter).

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die West-Rhein-Treuhand oHG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stammen im Wesentlichen aus dem Bau und der Erweiterung von P- + R-Anlagen (80 T€) sowie auf der Umrüstung und den Ausbau von Stadtbahnstrecken (100 T€). Die Umsatzerlöse wurden aufgrund der Verschiebung bzw. Reduzierung begonnener und geplanter Investitionsmaßnahmen in den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) um 121 T€ unterschritten.

Da jedoch der Materialaufwand im Berichtsjahr um 892 T€ unterhalb des Planwertes lag, verringerte sich der Rohgewinn gegenüber der Planung um 63 T€.

Als Bestandsveränderung (6 T€) sind die im Jahre 2007 entstandenen Baukosten für die P+R-Anlage in Alfter-Witterschlick bei den unfertigen Leistungen erfasst.

Der gegenüber dem geplanten Jahresfehlbetrag in Höhe von 99 T€ um 459 T€ tatsächlich höhere Jahresfehlbetrag resultiert per Saldo im Wesentlichen aus der gegenüber dem Wirtschaftsplan niedrigeren Betriebsleistung (56 T€) sowie den höheren sonstigen betrieblichen Aufwendungen (46 T€) und dem außerplanmäßigen Aufwand (430 T€), der durch die beschlossene Liquidation begründet ist.

Der Gesamtleistung des Unternehmens in Höhe von 192 T€ (Summe der Umsatzerlöse zuzüglich Bestandserhöhung und sonstigen betrieblichen Erträgen) stehen Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 48 T€ gegenüber.

Der Unterschied aus Gesamtleistung abzüglich Materialaufwand zusammen mit dem Ertragssaldo aus dem Finanzergebnis reichte nicht aus, um den Personalaufwand zusammen mit den übrigen Sachaufwendungen und dem Neutralen Ergebnis auszugleichen.

Das Geschäftsjahr 2007 schließt daher mit einem **Jahresfehlbetrag** von **557,9 T€** (VJ – 76 T€) ab. Der Jahresfehlbetrag 2007 wurde durch Rückstellungen in Höhe von 430 T€ für die Ablösung von Leistungsansprüchen im Falle einer Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln durch die Liquidation der Gesellschaft belastet.

Der Jahresfehlbetrag soll auf Vorschlag der Geschäftsführer gemäß § 7 Abs.2 bis 4 des Gesellschaftsvertrages durch Nachschüsse der Gesellschafter in Höhe von 99 T€ im Verhältnis der Geschäftsanteile ausgeglichen werden. Der darüber hinausgehende Betrag wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Eigene Investitionen, betreffend der immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung, wurden nicht getätigt.

8. Technische Daten

Im rechtsrheinischen Bonner Stadtgebiet wurde der stadtbahnmäßige Ausbau der Linie 66 in mehrere Baustufen unterteilt. Die 1. Baustufe des Teilabschnitts Bonn (Kostenvolumen rd. 8,7 Mio. €) verläuft planmäßig und wurde in 2007 weitestgehend fertig gestellt.

Die Bahnsteignachrüstungen der insgesamt 10 Haltepunkte (4 davon auf Bonner Stadtgebiet) begannen auf dem Stadtgebiet von Königswinter. Dort sind die Nachrüstungen bis auf die Haltestelle Clemens-August-Straße abgeschlossen. Die Bauarbeiten für den höhengleichen Einstieg in den Stadtbahnwagen an der Haltestelle Königswinter Fähre konnte im April 2007 abgeschlossen werden. Die Kosten beliefen sich auf rd. 0,86 Mio. €.

9. Ausblick

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen haben sich die wirtschaftliche Situation und die Zukunftsperspektive der Gesellschaft verschlechtert. Da wesentliche Änderungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten und insbesondere neue größere Investition- und Zuschussmaßnahmen nicht absehbar sind, hat die Gesellschafterversammlung die Auflösung der Gesellschaft mit Wirkung ab dem 01.01.2008 beschlossen.

Die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich im Öffentlichen-Personen-Nahverkehr (ÖPNV) in den letzten Jahren umfassend verändert. Bahnstrukturreform und Regionalisierung sind nur zwei Kennzeichen dieser Veränderungen. Um künftigen An-

forderungen gewachsen zu sein, besteht ein Ausbaubedarf zur Ergänzung, Vervollständigung und Qualitätsverbesserung der bestehenden Netze. Das Angebot im ÖPNV muss weiter modernisiert und verbessert werden. Hierzu zählen u.a. Netzerweiterungen, der fahrgastfreundliche Ausbau von Haltestellen, Beschleunigungsmaßnahmen sowie letztlich auch Kapazitätserweiterungen durch den Einsatz von Drei-Wagen-Zügen.

Die Kommunen sind an dem weiteren Ausbau und der Attraktivierung des Nahverkehrs interessiert. Wegen der z.Zt. angespannten finanziellen Lage muss bei der Realisierung jedoch auch verstärkt die Finanzierbarkeit der Investitionen und des Betriebes berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden Landesvorhaben im Bereich Straße und Schiene im Rahmen der integrierten Gesamtverkehrsplanung nach einheitlichen Kriterien bewertet und einer Prioritätenreihung für die Aufstellung des Verkehrsinfrastrukturbedarfsplanes NRW unterzogen. Die Rangfolge und die Einstufung in diesem Bedarfsplan können in Zeiten knapper finanzieller Mittel als Entscheidungskriterium für die jeweiligen Investitionen herangezogen werden, damit sie dort erfolgen, wo sie dringend benötigt werden.

Der nachfolgende Ausblick für künftige SRS-Maßnahmen wurde an dieser Stelle trotz des Beschlusses zur Auflösung der Gesellschaft beibehalten, wohl wissend, dass die Gesellschaft selbst diese baulich nicht mehr alle ausführen wird. Diese Projekte werden dann voraussichtlich in der Rechtsnachfolge von den Verkehrsbetrieben selbst umgesetzt.

Langfristig gibt es Pläne, die Linie 1 in Bensberg bis in Höhe der BAB-Anschluss-Stelle Moitzfeld zu verlängern. Die Stadtbahngesellschaft unterstützt diese Überlegungen. Damit würden vorhandene und geplante Siedlungsschwerpunkte in Bensberg mit der Schiene erschlossen. Der vorgesehene Endpunkt an der Autobahn ermöglicht darüber hinaus die Anlage eines grossen, bedarfsgerechten P+R-Platzes mit 2.000 Stellplätzen.

In einer technischen Machbarkeitsstudie soll die rechtsrheinische Schienenverbindung zwischen Köln – Niederkasse – Troisdorf – Bonn dargestellt werden. Der Untersuchungsraum erstreckt sich von der Ausfädelung der vorhandenen Stadtbahn östlich der Kennedybrücke in Beuel bis zu Endschleife der Linie 7 in Porz-Zündorf und hat eine Streckenlänge von rd. 18,3 km mit 21 neuen Haltestellen.

Die Realisierung dieses Projektes erfolgte mit einem 1. Abschnitt in Porz-Zündorf, Wahner Straße – Ranzeler Straße, für den das Planfeststellungsverfahren beantragt wurde.

Die Maßnahme ist bei der Fortschreibung des ÖPNV-Landesprogramms 2006-2010 nicht berücksichtigt worden.

Ebenfalls nicht im ÖPNV-Landesprogramm berücksichtigt ist der Anschluss des Zentrums Hürth an die Stadtbahn Köln durch die Verlängerung der Linie 19 bis Hürth Zentrum.

Weitergeführt wird der Ausbau der P+R-Anlagen an leistungsfähigen Schienenstrecken. Diese Gesamtverkehrslösung, d.h. das Funktionieren der intelligenten Kombination von Stadtbahnstrecken und P+R-Anlagen für die Bewältigung der großen Verkehrsströme, muss konsequent und systematisch weiterbetrieben werden. Die vorhandene Anzahl an Stellplätzen reicht bei weitem nicht aus. Durch die weiter wachsenden Pendlerverkehre und die zunehmend schwieriger werdende Parkraumsituation in den Zentren Köln und Bonn wächst die Nachfrage nach Stellplätzen ständig.

Die SRS beabsichtigt am S-Bahnhof in Porz-Wahn eine Parkieranlage mit 300 Stellplätzen zu errichten. Die Planungen gehen von einer P+R-Anlage in zwei Ebenen aus. Die Kosten werden rd. 2,7 Mio. € betragen, voraussichtlicher Baubeginn 2008.

Eine Bewertung und Überprüfung der Risikosituation ergab, dass grundsätzlich die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft durch die Umsetzung der geplanten Projekte gesichert wäre und zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine operativen Risiken beständen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden würden.

Bedingt durch veränderte Rahmenbedingungen, dass für ÖPNV-Investitionen in den nächsten Jahren wesentlich geringere Mittel zur Verfügung stehen und dass kurzfristig die Maßnahmen, an denen die SRS beteiligt ist, nicht bzw. nur mit deutlich reduziertem Umfang umgesetzt werden können, war kurz- und mittelfristig mit höheren Jahresfehlbeträgen zu rechnen. Da wesentliche Änderungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten und insbesondere neue Investitions- und Zuschussmaßnahmen nicht absehbar sind, hat die Geschäftsführung die Liquidation der Gesellschaft vorgeschlagen.

Die Gesellschafterversammlung beauftragte in Anbetracht der fehlenden wirtschaftlichen Basis die Geschäftsführer, entsprechende Schritte für eine Liquidation der Gesellschaft vorzubereiten. Die Auflösung mit Wirkung ab dem 01.01.2008 wurde dann in der Gesellschafterversammlung im Dezember 2007 beschlossen.

Das Personal der Gesellschaft wird von den Verkehrsbetrieben KVB AG und SWBV GmbH übernommen. Eventuelle Abfindungsverpflichtungen durch Kündigungen entfallen somit.

Die durch die Liquidation der SRS verursachte Beendigung der Mitgliedschaft in der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln führt zu Ausgleichszahlungen für die Ablösung von Leistungsansprüchen. Eine entsprechende Rückstellung im Jahresabschluss 2007 wurde gebildet.

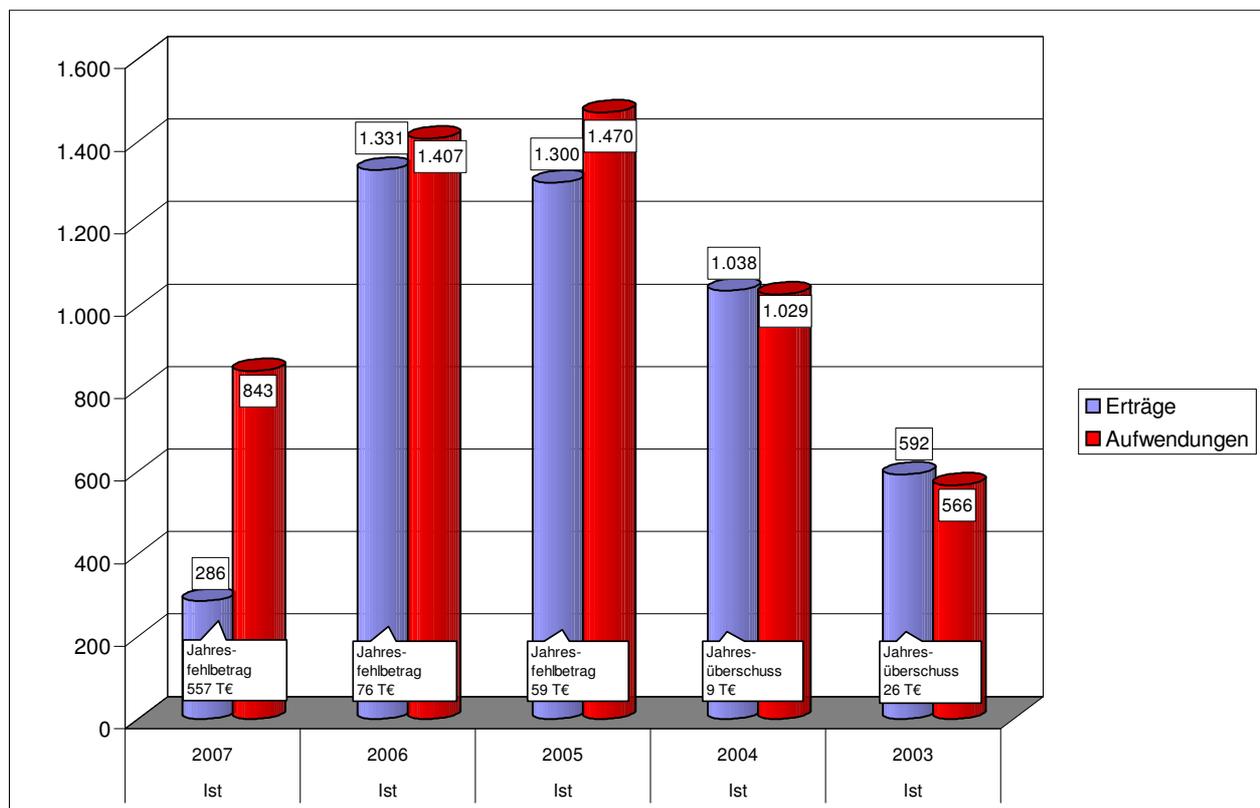
Im Rahmen der Geschäftstätigkeit ist die Gesellschaft verschiedene vertragliche Verpflichtungen eingegangen, wie z.B. Miet- und Wartungsverträge, Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband etc. Wesentliche finanzielle Risiken aus diesen vertraglichen Verpflichtungen bestehen hieraus nicht, da die Verträge kurzfristig kündbar sind.

Die Gesellschaft rechnet – ausweislich des Wirtschaftsplanes 2008 – für das Geschäftsjahr 2008 mit einem Jahresfehlbetrag von 506 T€. In dem Jahresfehlbetrag sind außerplanmäßige Aufwendungen für die Zahlung des Ausgleichsbetrages an die Zusatzversorgungskasse Köln wegen der Liquidation der Gesellschaft enthalten, der handelsrechtlich in den Jahresabschluss 2007 vorgezogen wurde.

Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH

in TEUR	Plan 2007	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	Ist 07 / Ist 06
1. Umsatzerlöse	301	180	2.394	315	993	635	-2.214
2. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	840	6	-1.139	1.053	-13	-126	1.145
3. Sonstige betriebliche Erträge	0	7	5	3	41	31	2
4. Betriebliche Erträge (1+2+3)	1.141	193	1.260	1.371	1.021	540	-1.067
5. Materialaufwand	-940	-48	-1.064	-1.114	-657	-168	1.016
6. Personalaufwand	-249	-238	-291	-304	-283	-303	53
7. Abschreibungen	-3	-2	-3	-3	-5	-9	1
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-79	-125	-48	-49	-84	-86	-77
9. Betriebsaufwand (5+6+7+8)	-1.271	-413	-1.406	-1.470	-1.029	-566	993
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	36	93	71	40	17	52	22
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5	0	-1	0	0	0	1
12. Finanzergebnis (10+11)	31	93	70	40	17	52	23
13. Ergebnis vor Steuern (4+9+12)	-99	-127	-76	-59	9	26	-51
14. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (12+13+14)	-99	-127	-76	-59	9	26	-51
16. Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
17. Außerordentliche Aufwendungen	0	-430	0	0	0	0	-430
18. Jahresfehlbetrag	-99	-557	-76	-59	9	26	-481

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH
Sitz	Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	06.12.1979
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.12.1979, letzte Eintragung 27.01.2004 (Wechsel der Geschäftsführung)
Handelsregister	HB B 45717 beim Amtsgericht Köln (vor Zuständigkeitswechsel HR B 2002 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe mit dem Ziel der Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung. Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsbereiche. Im Rahmen des „Hauptbereiches“ vermietet sie die Räume des Bürgerhauses für Veranstaltungen aller Art, betreibt die Organisation von Veranstaltungen sowie die Verwaltung des Hauses. Zum 01.01.1992 hat die Gesellschaft den gesamten bis zu diesem Zeitpunkt von der Stadt Bergisch Gladbach betriebenen Theaterbetrieb („Veranstaltungsbereich“) übernommen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafter üben die ihnen in Angelegenheiten der Gesellschaft zustehenden Rechte gemeinschaftlich in der Gesellschafterversammlung durch Beschlussfassung aus. In der Gesellschafterversammlung wird nach Geschäftsanteilen abgestimmt. Je 511,29 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Gesellschafterbeschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Die Stadt Bergisch Gladbach wurde im Berichtsjahr vertreten durch:

Frau Elke Lehnert, Frau Petra Holtzmann, Herrn Nikolaus Kleine.

3.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern. Die Stadt Bergisch Gladbach entsendet drei Mitglieder. Der Bürgermeister ist geborenes Mitglied, während die zwei weiteren Mitglieder vom Rat der Stadt gewählt werden. Jeder der übrigen Gesellschafter entsendet je ein Mitglied. Jedes Mitglied hat nach dem Gesellschaftsvertrag das Recht, einen Stellvertreter zu bestimmen.

Aufsichtsratsvorsitzende seit dem 09. Dezember 2004 ist Herr Klaus Orth, Bürgermeister. Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Herr Peter Mömkes, Stadtverordneter.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2007 wie folgt zusammen:

Von der Stadt Bergisch Gladbach benannt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Klaus Orth, Bürgermeister	Peter Mömkes, Stadtverordneter
Thomas Cüpper, Stadtverordneter	Wilhelm T. Reitz, Stadtverordneter
Johann Kierspel, Stadtverordneter	Annegret Kreft, Stadtverordnete

Von den anderen Gesellschaftern benannt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>
Herr Gottfried Finken, Bankdirektor -Stadtsporverband-	Frau Erika Mundorf, Sportreferentin
Herr Dr. Peter Roggen, Geschäftsführer -Gesellschaft Erholung-	Herr Peter Müller, Geschäftsführer
Herr Reinhard Paas, Rechtsanwalt -Eigentümergeinschaft-	Herr Dr. Günter Sasserath, Rechtsanwalt

Im Geschäftsjahr 2007 haben zwei ordentliche Aufsichtsratssitzungen stattgefunden.

3.3 Geschäftsführung

Als alleiniger Geschäftsführer ist Herr Norbert Pfennings bestellt.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 30.677,51 €.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich z. Zt. wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	15.338,75	50,00
Eigentümergeinschaft Bergischer Löwe	5.112,92	16,67
Gesellschaft Erholung e.V.	5.112,92	16,67
Stadtsporverband Bergisch Gladbach e.V.	5.112,92	16,67

5. Beschäftigte

Im Berichtsjahr 2007 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 10 Arbeitnehmer (im Jahr 2006: 10 Mitarbeiter) beschäftigt. Davon waren 7 Mitarbeiter Angestellte und 3 Mitarbeiter Bühnen-/Hausmeister.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Billstein, Mehliß, Osenau mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2006.

7. Geschäftsverlauf

Die Umsatzerlöse (nach Konsolidierung) betreffen mit 298 T€ den Hauptbereich und mit 310 T€ den Theaterbereich.

Die Umsatzerlöse des Hauptbereiches betreffen mit 28 T€ (Vj. 35 T€) Leistungen an die Stadt Bergisch Gladbach und mit 270 T€ (Vj. 245 T€) Leistungen an Dritte. Der Anstieg der Erlöse aus Leistungen an Dritte beruht im Wesentlichen auf höheren Einnahmen aus der Bereitstellung von Personal.

Im Veranstaltungsbereich stiegen die Erlöse aus dem Verkauf von Karten für Einzelveranstaltungen um 50 T€ und die Erlöse aus dem Verkauf von Abonnements um 3 T€. Der Anstieg der Erlöse ist durch eine im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Anzahl von Veranstaltungen sowie durch eine Anpassung der Preise von durchschnittlich 5 % bei den Einzelveranstaltungen und rund 2,5 % bei den Abonnements bedingt.

Einhergehend mit dem Anstieg der Erlöse von insgesamt 72 T€ erhöhten sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüber dem Vorjahr um 30 T€, vor allem wegen gesteigener Honorare im Theaterbereich.

Der Anstieg der Betriebsaufwendungen beruht insbesondere auf gestiegenen Kosten für Gas, Strom, Wasser, Straßenreinigung und Regenwasser in Höhe von 20 T€ sowie gestiegenem Aufwand für Pachterneuerung (10 T€).

Die Verminderung der Verwaltungsaufwendungen ist durch im Vergleich zum Vorjahr um 5 T€ geringere Rechts- und Beratungskosten verursacht.

Der Überschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich in 2007 auf 47 T€.

Im Hauptbereich wurde ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Der Theaterbereich erwirtschaftete einen Überschuss von rund 3 T€.

Damit erwirtschaftete die Gesellschaft seit Jahren erstmals einen Jahresüberschuss.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 waren Anlagenzugänge in Höhe von 5 T€ zu verzeichnen. Die Investitionen (ohne laufende Instandhaltungen) in von der Stadt Bergisch Gladbach angepachtetes Inventar beliefen sich auf 2 T€.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das abgelaufene Geschäftsjahr im Hauptbereich durch ein gutes Vermietungsgeschäft gekennzeichnet ist. Die Entwicklung im Theaterbereich ist durch höhere Kartenverkaufserlöse geprägt.

Hauptbereich

Der Anstieg der Umsatzerlöse entfiel mit 18 T€ auf den Hauptbereich, welche im Wesentlichen auf den gestiegenen Erlösen aus Personalgestellung beruhen.

Um das mit dem Betrieb des Bürgerhauses Bergischer Löwe verbundene Ziel, die Zusammenführung und Förderung sozialer und kultureller Beziehungen in der Bevölkerung, zu erreichen, hat die Gesellschaft das Bürgerhaus von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 131.913,36 € gepachtet.

Zusätzlich zum Bürgerhaus hat die Gesellschaft ab dem 01.04.1998 die an der Rückfront des Bürgerhauses gelegenen Parkplätze von der Stadt Bergisch Gladbach zu einem jährlichen Pachtzins von 2.576,88 € gepachtet.

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach hat am 13. März 1997 beschlossen, dem Hauptbereich ab dem 01. Januar 1997 bis zunächst zum 31. Dezember 2000 einen verlustabdeckenden Zuschuss in Höhe von bis zu 423.349,68 € p.a. und einen Investitionszuschuss in Höhe von 25.564,59 € p.a. zu zahlen. Die Vereinbarung verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, soweit der Rat der Stadt Bergisch Gladbach nicht sechs Monate vor Ablauf des Haushaltsjahres eine andere Entscheidung trifft.

Für 2007 wurde der Haushaltsansatz für den verlustabdeckenden Zuschuss in Höhe von 423.350 € für den Hauptbereich festgelegt. Hiervon wurde ein Betrag von 8.537,92 € nicht in Anspruch genommen. Der Haushaltsansatz 2007 für den Investitionszuschuss betrug 20.452 €.

Der Hauptbereich schließt, wie im Vorjahr, mit einem **Jahresüberschuss** von **0,00 €** ab.

Veranstaltungsbereich (Theaterbetrieb)

Der Anstieg der Umsatzerlöse entfiel mit 54 T€ auf den Veranstaltungsbereich, wovon 50 T€ aus dem Verkauf von Karten für einzelne Veranstaltungen und 3 T€ aus dem Verkauf von Abonnements resultieren.

Die Gesellschaft hat zum 01. Januar 1992 von der Stadt Bergisch Gladbach den Theaterbetrieb übernommen. Die Stadt gewährt der Gesellschaft zum Ausgleich von Fehlbeträgen aus dem Theaterbetrieb einen Zuschuss. Der Zuschuss beläuft sich seit 2005 auf 350 T€. In 2007 wurde ein Zuschuss in Höhe von 350.200 € gewährt.

Der Veranstaltungsbereich weist im Geschäftsjahr einen **Jahresüberschuss** von **3 T€** aus.

8. Ausblick

Für eine gute Auslastung des Hauses sorgten im Jahr 2007 zahlreiche Märkte und Messen. Zwar war der Verlust einzelner Veranstaltungen hinzunehmen. Dem standen jedoch neue Veranstaltungen, etwa die Gesundheits- und Naturheiltage und die Ü-30-Partys gegenüber.

Bei den Aufwendungen für bezogene Sach- und Dienstleistungen sind insbesondere die Honorare für die vom Theaterbereich engagierten Künstler und Ensembles zu beachten, die in den letzten Jahren anzogen.

Neben dem Geschäftsführer sind bei der Gesellschaft sieben Angestellte, drei Bühnen- und Hausmeister sowie diverse Aushilfskräfte beschäftigt. In den letzten Jahren war keine Personalfluktuation zu verzeichnen.

Die Geschäftsleitung geht mit dem Hinweis auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung davon aus, für den Theaterbereich auch in Zukunft von der Stadt einen jährlichen Zuschuss von 350 T€ zu erhalten. Trotz im Einzelfall steigender Honorare wird mit einem unverändert qualitativ hochwertigen Programm für das kommende Geschäftsjahr wieder ein ausgeglichenes Ergebnis geplant.

Zur Begrenzung des Anstieges der Honorare wird nach wie vor die Kooperation mit anderen Spielstätten beim Programmeinkauf gesucht. Zusätzlich werden Produktionen der subventionierten Landestheater eingekauft. Darüber hinaus wurden die steigenden Kosten für Honorare durch eine Anpassung der Eintrittspreise abgefangen. Die Preise für Abonnements wurden beginnend mit der Spielzeit 2007/08 um rund 2,5 %, die Preise für Einzelveranstaltungen um rund 5 % angehoben.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Lohn- und Materialkosten für den Unterhalt und die Wartung des Bürgerhauses in den nächsten Jahren weiter steigen werden. Die derzeitige Gebrauchsfähigkeit des Hauses wird deshalb nur dann in gleicher Weise erhalten werden können, wenn die Höhe des für den Hauptbereich zur Verfügung gestellten Zuschusses unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Kostenentwicklung festgesetzt wird. Der verlustabdeckende Zuschuss im Hauptbereich beträgt zurzeit maximal 423 T€.

Zur Sicherung der Ertragslage hatte eine Anpassung der Preise für Personalgestaltung bereits zum Jahresanfang 2007 stattgefunden. Eine moderate Erhöhung der Mietentgelte folgte Mitte des Jahres 2007. Auch der Hauptbereich plant für 2008 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Abhängig von der Haushaltslage der Stadt Bergisch Gladbach könnte möglicherweise eine weitere Senkung der Zuschüsse eintreten.

In beiden Bereichen kann die Gesellschaft den zukünftigen Risiken nur durch Kosteneinsparungen und Preisadjustierungen entgegenzutreten.

Zur Sicherung der Lebensfähigkeit der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH ist es notwendig, dass die Stadt Bergisch Gladbach auch in Zukunft Zuschüsse an den Haupt- und den Veranstaltungsbereich in der erforderlichen Höhe leistet.

Kennzahlen im Überblick/Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	3,0%	2,8%	1,7%	1,4%	1,4%
Umlaufintensität in %	97,0%	97,2%	98,3%	98,6%	98,6%
Investitionsquote	4,7%	6,7%	25,0%	55,6%	55,6%
Reinvestitionsquote	10,3%	20,0%	50,0%	166,7%	100,0%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	7,2%	8,3%	6,3%	6,9%	7,3%
Fremdkapitalquote in %	92,8%	91,7%	93,7%	93,1%	92,7%
Anlagendeckung I in %	236,6%	299,8%	370,8%	485,0%	533,3%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	223.353 €	-66 T€	209 T€	-88 T€	32 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	0,8%	-0,3%	0,2%	0,2%	3,3%
Eigenkapitalrentabilität in %	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	7,3%
Gesamtkapitalrentabilität in %	0,1%	0,1%	0,1%	0,1%	0,6%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	106,8%	82,9%	87,1%	89,4%	78,5%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
	2004	2005	2006	2007	2008
Zuschuss Theater	380.200 €	350.000 €	350.000 €	350.200 €	350.200 €
Verlustabdeckender Zuschuss	423.350 €	423.350 €	423.350 €	423.350 €	423.350 €
Investitionszuschuss	20.452 €	20.452 €	20.452 €	20.452 €	20.452 €
	<u>824.002 €</u>	<u>793.802 €</u>	<u>793.802 €</u>	<u>794.002 €</u>	<u>794.002 €</u>

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Strasse, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 46635 beim Amtsger. Köln (letzter Eintrag 27.11.2007)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines TechnologieZentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stephan Schmickler, Stadtbaurat.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Leverkusen) tätig. Nebenberufliche Geschäftsführer sind die Herren Dietmar Virnich (Overath) und Stefan Dürselen (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	48
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmerin.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bachem Fervers Janßen Mehrhoff OHG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

7. Geschäftsverlauf

Seit 13 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 567 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2007 wurden insgesamt 167 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 60 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2007 hatten dort 12 Existenzgründer aktuelle Mietverträge.

Von den zum 31.12.2007 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 3.000 m² waren rd. 2.300 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 13 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 8,2. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft der RBTZ seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolventquote in Höhe von 8,3 % zugrunde (von 60 Unternehmen wurden 5 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 450 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 167 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 8,3 % somit auf ca. 1.260 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Laut Statistik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, überleben lediglich 50 % der neu gegründeten Unternehmen in Westdeutschland die ersten 5 Jahre auf dem Markt. Rund 40 % der Neugründer geben demnach bereits innerhalb der ersten 3 Jahre ihr Unternehmen wieder auf. Die unterdurchschnittliche Quote im TechnologieZentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl. Aus diesem Grunde ist es auch bis heute nicht zu einer Häufung von Insolvenzen in dem Betreuungsbereich des Rheinisch-Bergischen Technologiezentrums gekommen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch Bergischen TechnologieZentrum seit 1995 31 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben zuteil wurden.

Um auch in Zukunft die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden in 2007 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum, ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach und Bedburg sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2008 fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Alleine die Veranstaltungen im Rahmen ManagementForum, Gründernachmittage, Gründernetzwerk Rheinberg und RBTZ-eigene Veranstaltungen mit insgesamt 1.322 Teilnehmern brachten rd. 700 Teilnehmer vor Ort in den TechnologiePark. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltung ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region. Mit zahlreichen wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen wurden weitere Veranstaltungen des RBTZ durchgeführt. Weiter lobte Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart am 07.09.2007 anlässlich seines Besuchs im TechnologieZentrum das gemeinsame Engagement für technologieorientierte Gründer und etablierte Unternehmer in unserer Region durch RBTZ, die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Unternehmer und bezeichnete den Rheinisch-Bergischen Kreis als eine der dynamischsten Regionen in NRW.

8. Wirtschaftliche Daten

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2007 um ca. 17 % gestiegen. Die wesentliche Ursache für die Erhöhung der Einnahmen war die Neuansiedlung von Unternehmen und das Binnenwachstum.

Die Ertragssituation wird wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse beeinflusst.

Die Vermietungserlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist.

Die Ertragslage hat sich in 2007 auf Grund des mit der Kreissparkasse Köln abgeschlossenen Werbevertrages mit jährlichen Einnahmen (fest für die Jahre 2006 bis 2008; ab 2009 muss über die Höhe verhandelt werden) von 100 T€ verbessert.

Der im Gesellschaftsvertrag festgelegte Verlustausgleich ist 2006 neu geregelt worden. Für das Jahr 2007 und zukünftig werden mögliche Verluste durch die kommunalen Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis bis zu einer Höhe von insgesamt 100 T€ zu jeweils 50 % ausgeglichen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum ohne jedes Beratungshonorar erfolgen. Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein. Der eigentliche Nutzen liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Technologie-Zentrums einfließen.

Die Differenz zwischen der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 92 T€ pro Jahr zu den entgegenstehenden Abschreibungen in Höhe von 61 T€ pro Jahr verbesserte das Bilanzergebnis zu Gunsten der Gesellschafter um ca. 31 T€ pro Jahr.

Die Erhöhung des Jahresergebnisses durch die Auflösung des Sonderpostens hat zwar einen ertragswirksamen Effekt, ist aber nicht durch die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter abgedeckt. Hieraus resultiert eine kontinuierliche Aufzehrung der Liquidität, die nicht der operativen Tätigkeit der Gesellschaft zuzuordnen ist. Darüber hinaus hat sich die Liquiditätslage durch die Einnahme aus dem Werbevertrag mit der Kreissparkasse Köln deutlich verbessert.

Zum 31.12.2007 war ein Darlehen mit Festzins über 200 T€, welches zur Liquiditätserhaltung im Zusammenhang mit der Finanzierung des Teileigentums aufgenommen worden ist, zurück zu zahlen. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurde jedoch die Nutzungszeit des Teileigentums durch eine Verschiebung des Zeitraumes für eine Annahme des notariellen Kaufangebotes durch den Investor vom 01.04.2008 bis zum 01.10.2008 verlängert. Aus diesem Grund hat die Geschäftsführung auf Beschluss der Gesellschafterversammlung die Verlängerung des Darlehens bis zum 31.12.2008 vertraglich vereinbart.

Der **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **3.791,90 €** (VJ: - 41.124,79 €) wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. 100 T€ p.a. durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

9. Ausblick

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2008 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark, auch im Rahmen des vereinbarten Flächenaustauschrechtes, sollen weiterhin genutzt werden.

Durch die Ansiedlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in den Räumlichkeiten des TechnologieZentrums und dem gemeinsamen Betrieb des STARTERCENTER NRW Rhein-Berg/Leverkusen am Standort TechnologiePark erhalten potenzielle Gründer ein erweitertes Angebot von gründungsspezifischen Dienstleistungen in unmittelbarer Nachbarschaft im TechnologiePark Bergisch Gladbach. Synergieeffekte für Existenzgründer werden durch die räumliche Nähe ermöglicht, verfügbare Ressourcen der beiden Dienstleistungsunternehmen können durch eine intensive Kooperation im Rahmen der vorhandenen Aufgabenteilung wirtschaftlich und effizient eingesetzt werden.

Noch ein Ansatzpunkt ist die für 2008 geplante weitergehende Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln. Durch die Ansiedlung von technologiespezifischen Forschungsflächen erhalten Professoren und Studenten Zugang zum RBTZ mit der Möglichkeit, hier eigene Unternehmen zu gründen.

Um Gründerinnen und Gründern im RBK den Zugang zu qualifizierten Beratungsleistungen in der Region zu erleichtern und zu beschleunigen, haben sich RBTZ und RBW zum Ziel gesetzt, in 2008 gemeinsam das STARTERCENTER NRW Rhein-Berg/Leverkusen am Teilstandort TechnologiePark Bergisch Gladbach zu etablieren.

Weiter ist für das Jahr 2008 die Neu-Mitgliedschaft des RBTZ bei „Health Cologne“ geplant. Dieser übergeordnete Initiativkreis Gesundheitswirtschaft Köln versteht sich als regionales Branchen-Cluster, in dem Akteure aus unterschiedlichsten Bereichen, insbesondere Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung kooperativ und kommunikativ vernetzt eine gemeinsame Standort-Strategie verfolgen. Ziel der Mitgliedschaft des RBTZ ist es, die betreuten Unternehmen aus dem Bereich Medizintechnik in das Netzwerk zu integrieren, den Informationsaustausch zu unterstützen und Kooperationen anzustoßen.

Im Jahr 2008 sollen sich die Umsatzerlöse auf der Basis des Erfolgsplans 2008 um ca. 15 T€ verringern. Die Ursache hierfür ist der geplante Auszug von zwei Unternehmen. Die freien Mietflächen können erst nach und nach mit neuen Gründern belegt werden. Hierbei gilt in Absprache mit den Gesellschaftern nach wie vor der Grundsatz „Qualität vor Quantität“.

Die Suche nach qualifizierten Gründern soll vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten. Aus diesem Grunde forciert die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition durch folgende Aktivitäten:

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbs
- Teilnahme an den Aktivitäten des Hochschulgründernetzes Köln
- Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag Köln in der IHK
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Durchführung von monatlichen Gründernachmittagen im TechnologiePark Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit dem Gründungsnetzwerk RheinBerg
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung und des zugehörigen Newsletters als Akquisitionsinstrument
- Zusammenarbeit mit der privaten Fachhochschule der Wirtschaft und dem Bildungsinstitut für informationsverarbeitende Berufe
- Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln gGmbH
- Kooperationsveranstaltungen mit dem VDI Bezirksverein Köln und IVAM e.V.

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH
Sitz	Friedrich-Ebert-Strasse, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	26.10.1994
Gesellschaftsvertrag	Gründungsvertrag vom 26.10.1994 (letzter Eintrag 23.05.2006)
Handelsregister	HR B 46635 beim Amtsger. Köln (letzter Eintrag 27.11.2007)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines TechnologieZentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung hielt im Berichtsjahr 2 Versammlungen ab.

Mitglied in der Gesellschafterversammlung ist Herr Stephan Schmickler, Stadtbaurat.

3.2 Geschäftsführung

Die Geschäfte werden vom hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet. Als hauptberuflicher Geschäftsführer ist Herr Martin Westermann (Leverkusen) tätig. Nebenberufliche Geschäftsführer sind die Herren Dietmar Virnich (Overath) und Stefan Dürselen (Düren).

3.3 Beirat

Die Gesellschafterversammlung kann einen Beirat berufen, der - ohne Organ der Gesellschaft zu sein - eine beratende Funktion hat.

3.4 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat keinen Aufsichtsrat.

4. Beteiligungsverhältnisse

Bei einem Stammkapital von 100.000 EURO ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Stadt Bergisch Gladbach	25.000,-	25
Rheinisch-Bergischer Kreis	25.000,-	25
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000,-	48
Industrie- u. Handelskammer zu Köln	2.000,-	2

Die Industrie- und Handelskammer zu Köln nimmt mit ihrem Geschäftsanteil am Gewinn bzw. Verlust der Gesellschaft nicht teil.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. insgesamt 100 T€ pro Jahr durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

5. Beschäftigte

Die Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr durchschnittlich 1 (im Vorjahr 1) Arbeitnehmerin.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bachem Fervers Janßen Mehrhoff OHG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

7. Geschäftsverlauf

Seit 13 Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum (RBTZ) in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 567 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2007 wurden insgesamt 167 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 60 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2007 hatten dort 12 Existenzgründer aktuelle Mietverträge.

Von den zum 31.12.2007 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 3.000 m² waren rd. 2.300 m² belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 13 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 8,2. Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft der RBTZ seit 1995 und eine TZ-spezifische Insolventquote in Höhe von 8,3 % zugrunde (von 60 Unternehmen wurden 5 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 450 hoch qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt.

Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 167 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 8,3 % somit auf ca. 1.260 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Laut Statistik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, überleben lediglich 50 % der neu gegründeten Unternehmen in Westdeutschland die ersten 5 Jahre auf dem Markt. Rund 40 % der Neugründer geben demnach bereits innerhalb der ersten 3 Jahre ihr Unternehmen wieder auf. Die unterdurchschnittliche Quote im TechnologieZentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl. Aus diesem Grunde ist es auch bis heute nicht zu einer Häufung von Insolvenzen in dem Betreuungsbereich des Rheinisch-Bergischen Technologiezentrums gekommen.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch Bergischen TechnologieZentrum seit 1995 31 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben zuteil wurden.

Um auch in Zukunft die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden in 2007 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum, ST@RT HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach und Bedburg sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2008 fortgeführt werden.

In Zusammenarbeit mit weiteren Netzwerkpartnern wurden im Berichtsjahr zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Art für Unternehmer und Gründer in der Region durchgeführt. Alleine die Veranstaltungen im Rahmen ManagementForum, Gründernachmittage, Gründernetzwerk Rheinberg und RBTZ-eigene Veranstaltungen mit insgesamt 1.322 Teilnehmern brachten rd. 700 Teilnehmer vor Ort in den TechnologiePark. Ein wesentliches Ziel dieser Veranstaltung ist die Informationsvermittlung an Existenzgründer sowie der Technologie- und Wissenstransfer für die mittelständischen Unternehmen in der Region. Mit zahlreichen wirtschaftsnahen Institutionen und Hochschulen wurden weitere Veranstaltungen des RBTZ durchgeführt. Weiter lobte Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart am 07.09.2007 anlässlich seines Besuchs im TechnologieZentrum das gemeinsame Engagement für technologieorientierte Gründer und etablierte Unternehmer in unserer Region durch RBTZ, die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Unternehmer und bezeichnete den Rheinisch-Bergischen Kreis als eine der dynamischsten Regionen in NRW.

8. Wirtschaftliche Daten

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2007 um ca. 17 % gestiegen. Die wesentliche Ursache für die Erhöhung der Einnahmen war die Neuansiedlung von Unternehmen und das Binnenwachstum.

Die Ertragssituation wird wesentlich von den Erlösen aus der Vermietung von Flächen und der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse beeinflusst.

Die Vermietungserlöse werden auch zukünftig nicht ausreichen, die betrieblichen Aufwendungen zu decken, so dass nachhaltig mit einer negativen Ertragslage zu rechnen ist.

Die Ertragslage hat sich in 2007 auf Grund des mit der Kreissparkasse Köln abgeschlossenen Werbevertrages mit jährlichen Einnahmen (fest für die Jahre 2006 bis 2008; ab 2009 muss über die Höhe verhandelt werden) von 100 T€ verbessert.

Der im Gesellschaftsvertrag festgelegte Verlustausgleich ist 2006 neu geregelt worden. Für das Jahr 2007 und zukünftig werden mögliche Verluste durch die kommunalen Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis bis zu einer Höhe von insgesamt 100 T€ zu jeweils 50 % ausgeglichen.

Die Ertragslage wird ebenfalls dadurch beeinflusst, dass die Begleitung und das Coaching von Gründern im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum ohne jedes Beratungshonorar erfolgen. Deshalb wird ein Teil der Personalkosten durch adäquate Einnahmen dauerhaft nicht zu decken sein. Der eigentliche Nutzen liegt in kommunal- bzw. volkswirtschaftlichen Effekten, die nicht in die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse des Technologie-Zentrums einfließen.

Die Differenz zwischen der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 92 T€ pro Jahr zu den entgegenstehenden Abschreibungen in Höhe von 61 T€ pro Jahr verbesserte das Bilanzergebnis zu Gunsten der Gesellschafter um ca. 31 T€ pro Jahr.

Die Erhöhung des Jahresergebnisses durch die Auflösung des Sonderpostens hat zwar einen ertragswirksamen Effekt, ist aber nicht durch die Verlustausgleichsverpflichtung der Gesellschafter abgedeckt. Hieraus resultiert eine kontinuierliche Aufzehrung der Liquidität, die nicht der operativen Tätigkeit der Gesellschaft zuzuordnen ist. Darüber hinaus hat sich die Liquiditätslage durch die Einnahme aus dem Werbevertrag mit der Kreissparkasse Köln deutlich verbessert.

Zum 31.12.2007 war ein Darlehen mit Festzins über 200 T€, welches zur Liquiditätserhaltung im Zusammenhang mit der Finanzierung des Teileigentums aufgenommen worden ist, zurück zu zahlen. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen wurde jedoch die Nutzungszeit des Teileigentums durch eine Verschiebung des Zeitraumes für eine Annahme des notariellen Kaufangebotes durch den Investor vom 01.04.2008 bis zum 01.10.2008 verlängert. Aus diesem Grund hat die Geschäftsführung auf Beschluss der Gesellschafterversammlung die Verlängerung des Darlehens bis zum 31.12.2008 vertraglich vereinbart.

Der **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **3.791,90 €** (VJ: - 41.124,79 €) wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage ausgeglichen.

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis sind zu einer Verlustübernahme von max. 100 T€ p.a. durch Einzahlung in die Kapitalrücklage verpflichtet.

9. Ausblick

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2008 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark, auch im Rahmen des vereinbarten Flächenaustauschrechtes, sollen weiterhin genutzt werden.

Durch die Ansiedlung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft in den Räumlichkeiten des TechnologieZentrums und dem gemeinsamen Betrieb des STARTERCENTER NRW Rhein-Berg/Leverkusen am Standort TechnologiePark erhalten potenzielle Gründer ein erweitertes Angebot von gründungsspezifischen Dienstleistungen in unmittelbarer Nachbarschaft im TechnologiePark Bergisch Gladbach. Synergieeffekte für Existenzgründer werden durch die räumliche Nähe ermöglicht, verfügbare Ressourcen der beiden Dienstleistungsunternehmen können durch eine intensive Kooperation im Rahmen der vorhandenen Aufgabenteilung wirtschaftlich und effizient eingesetzt werden.

Noch ein Ansatzpunkt ist die für 2008 geplante weitergehende Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln. Durch die Ansiedlung von technologiespezifischen Forschungsflächen erhalten Professoren und Studenten Zugang zum RBTZ mit der Möglichkeit, hier eigene Unternehmen zu gründen.

Um Gründerinnen und Gründern im RBK den Zugang zu qualifizierten Beratungsleistungen in der Region zu erleichtern und zu beschleunigen, haben sich RBTZ und RBW zum Ziel gesetzt, in 2008 gemeinsam das STARTERCENTER NRW Rhein-Berg/Leverkusen am Teilstandort TechnologiePark Bergisch Gladbach zu etablieren.

Weiter ist für das Jahr 2008 die Neu-Mitgliedschaft des RBTZ bei „Health Cologne“ geplant. Dieser übergeordnete Initiativkreis Gesundheitswirtschaft Köln versteht sich als regionales Branchen-Cluster, in dem Akteure aus unterschiedlichsten Bereichen, insbesondere Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung kooperativ und kommunikativ vernetzt eine gemeinsame Standort-Strategie verfolgen. Ziel der Mitgliedschaft des RBTZ ist es, die betreuten Unternehmen aus dem Bereich Medizintechnik in das Netzwerk zu integrieren, den Informationsaustausch zu unterstützen und Kooperationen anzustoßen.

Im Jahr 2008 sollen sich die Umsatzerlöse auf der Basis des Erfolgsplans 2008 um ca. 15 T€ verringern. Die Ursache hierfür ist der geplante Auszug von zwei Unternehmen. Die freien Mietflächen können erst nach und nach mit neuen Gründern belegt werden. Hierbei gilt in Absprache mit den Gesellschaftern nach wie vor der Grundsatz „Qualität vor Quantität“.

Die Suche nach qualifizierten Gründern soll vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten. Aus diesem Grunde forciert die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition durch folgende Aktivitäten:

- Coaching und Beratung von Gründern im Rahmen des NUK (Neues Unternehmertum Rheinland) Business-Plan-Wettbewerbs
- Teilnahme an den Aktivitäten des Hochschulgründernetzes Köln
- Teilnahme am Gründer- und Nachfolgetag Köln in der IHK
- Kooperation mit den Technologiezentren in der Region
- Durchführung von monatlichen Gründernachmittagen im TechnologiePark Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit dem Gründungsnetzwerk RheinBerg
- Zielgerichteter Einsatz der Internet-Anwendung und des zugehörigen Newsletters als Akquisitionsinstrument
- Zusammenarbeit mit der privaten Fachhochschule der Wirtschaft und dem Bildungsinstitut für informationsverarbeitende Berufe
- Zusammenarbeit mit der Rheinischen Fachhochschule Köln gGmbH
- Kooperationsveranstaltungen mit dem VDI Bezirksverein Köln und IVAM e.V.

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH
Sitz	Overather Strasse 8, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	05.11.1992
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 07.10.2004, letzte Eintragung am 21.12.2004
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 46525
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Tourismusförderung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen. Dabei ist die Haftung der Gesellschaft auf einen bestimmten im Vorhinein festzulegenden Betrag begrenzt. Die Vorschriften des § 108 Abs. 1 und 2 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen müssen eingehalten werden.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

In die **Gesellschafterversammlung** entsenden:

- | | | | |
|---|--|----|-------------|
| - | der Rhein.-Berg.Kreis | | 9 Vertreter |
| - | die beteiligten kreisangehörigen Kommunen | je | 1 Vertreter |
| - | die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie die Stadtparkasse Wermelskirchen | je | 1 Vertreter |
| - | die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken | | 1 Vertreter |

im Rhein.Berg.Kreis

Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Im Geschäftsjahr fanden 3 Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Gemäß dem am 07.10.2004 neu gefassten Gesellschaftervertrag sind Organe der Gesellschaft die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

3.3 Geschäftsführung

Alleiniger Geschäftsführer war Herr Oliver Wolff.

4. Beteiligungsverhältnisse

Die Gesellschafterversammlung hat mit Beschluss vom 22.09.2004 die Erhöhung des Stammkapitals auf **74.300 €** beschlossen, die am 21.12.2004 in das Handelsregister eingetragen wurde.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Stammeinlage in €</u>	<u>in %</u>
Rhein.-Berg.Kreis	37.900	51,00
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,40
Gemeinde Kürten	1.040	1,40
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,50
Gemeinde Odenthal	1.040	1,40
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH	7.800	10,50
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis in GbR	9.100	12,25

Zur Deckung etwaiger Verluste aus dem gewöhnlichen Tätigkeitsbereich der Gesellschaft außerhalb des Sondervermögens nach § 5 sowie außerhalb der Betätigungen von Beteiligungsgesellschaften der Gesellschaft, wenn die Gesellschaft sich zur ganzen oder teilweisen Verlustdeckung verpflichtet hat, leistet der Rheinisch-Bergische Kreis einen jährlichen Zuschuss an die Gesellschaft.

5. Sondervermögen

Die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft über den Mini- und Maxifonds fanden ihre Änderung dahingehend, dass beide Vermögenspositionen zusammengelegt wurden zu einem einheit-

lichen Sondervermögen. Um der Gesellschaft mehr Flexibilität bei der Förderung von Maßnahmen zu geben, wurden im Rahmen der Vergaberichtlinie erweiterte Fördertatbestände festgelegt. Eine Steuerung diesbezüglich erhält die Gesellschafterversammlung durch eine weitreichende eigene Zuständigkeit bei der Vergabe von Mitteln.

6. Beschäftigte

Zum Bilanzstichtag waren 6 Mitarbeiter beschäftigt.

7. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KONLUS GmbH mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

8. Beteiligungen

Die BLT GmbH & Co. KG weist zum 31.12.2007 ein Kommanditkapital von 25.564,59 € aus, an der die Berichtsgesellschaft einen Anteil von 10 % (= 2.556,49 €) hält.

Die Beteiligungsgesellschaften werden seit dem Gesellschafterbeschluss im Mai 2002 liquidiert, so dass bereits im Geschäftsjahr 2001 eine Wertberichtigung auf jeweils 0,51 € (Kommanditeinlage BLT GmbH & Co. KG und Stammeinlage BLT Verwaltungs GmbH) vorgenommen wurde.

9. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2007 stellte sich die Gesellschaft als steuerungsfähige Wirtschaftsförderungsgesellschaft dar. Die Zusammenlegung der Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft über den Mini- und Maxifonds hin zu einem verbundenen Sondervermögen hat sich ebenfalls bewährt. Ebenso hat sich die Steuerung diesbezüglich durch die Gesellschafterversammlung bewährt.

Neben Anbahnungsgesprächen mit der Gemeinde Kürten über eine Finanzierung des Gewerbegebietes Unterossenbach kam es zu einer umfangreichen Finanzierung des Gewerbegebietes Leichlingen. Neben den üblichen rückzahlbaren Zuschüssen kam es in ganz geringem Umfang auch zu einem verlorenen Planungszuschuss, wie ihn bereits mehrere Gemeinden vorher erhalten hatten. Die differenzierte Aufteilung des Vermögens in Mini- und Maxi-Fond hat sich damit endgültig als überholt dargestellt, da das verbundene Sondervermögen volle Flexibilität einräumt.

Im Bereich der Kompetenzfeldentwicklung erhielt die RBW in 2007 die Anerkennung als Cluster-Modellprojekt der EU und des Landes NRW, die mit Projektfördermitteln in Höhe von 147 T€ für die Jahre 2007 und 2008 einhergeht. Vor dem Hintergrund der hohen Anforderungen an ein solches Modellprojekt ist nun unter Beweis gestellt, dass die Gesellschaft hoch innovativ tätig ist.

Das Kompetenznetzwerk Rhein-Berg-Automotive erfuhr in 2007 eine erhebliche Belebung. Aktuell beteiligen sich 50 Partner am Netzwerk. Es wurden 9 Workshops und Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt, das Internetportal WWW.Rhein-Berg-Automotive.de wurde etabliert und hierin ein Online-Stellenmarkt, ein Modul mit Fördermittelinformationen sowie die Darstellung von Firmen-, Branchen- und Technologieinformationen eingerichtet. Im Netzwerk wurden 9 neue Geschäftsbeziehungen initiiert und 2 Transferprojekte koordiniert. Zurzeit entwickelt die RBW für Rhein-Berg-Automotive gemäß dem Bedarf der beteiligten Partner eine internetbasierte Kooperationsbörse und konzeptionisiert Weiterbildungsmodule, z.B. in Form von gemeinsamen Trainings-

seminaren. Des Weiteren führte die RBW im vergangenen Jahr 26 Abstimmungs- und Informationsgespräche mit anderen Automotive-Netzwerken in NRW und darüber hinaus. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gab es in 2007 Pressegespräche und –Mitteilungen, einen Automotive-Sonderdruck der punkt.RBW, einen Infolyer zum Netzwerk, 2-monatliche online-Newsletter sowie verschiedene Kongress- und Messeteilnahmen.

Anlässlich des Besuchs des NRW-Ministers für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Prof. Andreas Pinkwart, im Technologiepark Bergisch Gladbach stellte die RBW das Kompetenznetzwerk Rhein-Berg-Automotive vor. Der Minister sprach seine Anerkennung für das Geleistete aus und qualifizierte die Arbeit der RBW ebenfalls als förderfähig im Rahmen der Europäischen Innovationsoffensive in Form des EFRE-Fonds.

Zur Vorbereitung des Kompetenzfeldes Gesundheitswirtschaft wurden in 2007 24 Aufschließungsgespräche geführt sowie eine Gesundheitswirtschafts-Datenbank aufgebaut. Die RBW führte außerdem 6 Informationsgespräche bei anderen Netzwerken der Gesundheitswirtschaft. Das Thema wird in 2008 eine Intensivierung erfahren.

Im Geschäftsbereich Existenzgründungsberatung waren 2007 275 Gründer erstmals zu einer Beratung bei der RBW. Das heißt, die Zahl der Erstberatungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr (265 Beratungen) nur unwesentlich verändert.

Die Nachfrage nach Gründungsberatung ist im Ergebnis weiter hoch. Diesem Druck hat das von der RBW organisierte Gründernetzwerk Rhein-Berg durch 12 monatlich wiederkehrende Gründungsnachmittage Rechnung getragen, an denen insgesamt 175 potentielle Gründer teilnahmen. Ein weiterer Gründertag fand in Wermelskirchen mit 120 Besuchern statt.

Außerdem hat die RBW in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit und der G.I.B. Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung in NRW GmbH 12 Orientierungsveranstaltungen für Arbeitslose durchgeführt. 350 Teilnehmer konnten so über die Anforderungen sowie die Chancen und Risiken der Selbständigkeit informiert werden.

165 tatsächlich vorgenommene Gründungen (Vj. 165) erfuhren in 2007 eine weitere Begleitung durch die RBW. Damit konnten nicht nur die Arbeitsplätze der Gründer selber neu geschaffen oder gesichert werden. Mittelfristig sind von diesen Gründungen auch erweiterte Arbeitsplatzeffekte zu erwarten.

Für Zuschüsse zur Unternehmensberatung: „Beratungsprogramm Wirtschaft NRW“ wurden für Existenzgründungen und Jungunternehmen Vorhaben mit einem Fördervolumen von 35.965 € (Vj. 61.200 €) auf den Weg gebracht. Das reduzierte Volumen resultiert aus einer verspäteten Auflage des Programms im Jahr 2007 seitens des Landes NRW.

Für langjährig am Markt bestehende Unternehmen wurden die Unternehmensberatungen aus dem EU- und kofinanzierten Fördermittelprogramm: „Potentialberatung“ für 15 Unternehmen (Vj. 21), 68 T€ (Vj. 99 T€) akquiriert.

2007 wurde die RBW von 20 Unternehmen (Vj. 9) angesprochen, die in eine existenzielle Liquiditätskrise geraten waren. Durch die Initiative der RBW, Akquirierung von Krisenfördermittel und durch Aktivierung des Krisennetzwerkes der RBW konnten zunächst 17 Unternehmen mit 35 Mitarbeitern (Vj. 9 Unternehmen mit 36 Mitarbeitern) gesichert werden.

Im Geschäftsbereich der Unternehmensnachfolge/Betriebsübergaben konnten durch intensive Beratung und Vermittlung 17 Unternehmen (Vj. 22) mit 65 Mitarbeitern (Vj. 77) für den Rheinisch-

Bergischen Kreis erhalten werden. In 2007 wurden dazu 72 Beratungen (Vj. 97) durchgeführt. In 24 Fällen (Vj. 49) musste den Übernehmern von ihrem Vorhaben abgeraten werden. Hauptgrund für das Abraten war ganz überwiegend fehlendes Eigenkapital.

Im Rahmen der Bestandspflege wurden von den Mitarbeitern der RBW in 2007 insgesamt 72 Betriebsbesuche durchgeführt.

24 dieser Besuche wurden anlässlich der Unternehmensnachfrage nach dem landesweiten Förderprogramm „Bildungsscheck“ durchgeführt. Dieses in 2006 neu aufgelegte Programm zur Weiterbildung von Mitarbeitern erfuhr in 2007 einen starken Nachfrageschub. Die RBW führte in 2007 gesamt 648 Beratungen (Vj. 200) durch und stellte 2.032 Bildungsschecks im Wert von 376 T€ aus (Vj: 543/250T€). Dieser im Vergleich zu 2006 hohe Wert ergab sich aus Schätzungen, die in 2007 mit zunehmender Erfahrung mit dem Programm konkretisiert werden konnten. Des Weiteren wurde das Fördervolumen des einzelnen Bildungsschecks im Jahr 2007 um ein Drittel reduziert.

Im Bereich der Gewerbeflächenentwicklung stagniert die Nachfrage an bebauten und unbebauten Gewerbegrundstücken. Mit der Einrichtung der Gewerbeflächenbörse werden allerdings auch Binnennachfragen nach Gewerbeflächen unabhängig von einem Personaleinsatz in der RBW beantwortet.

In Sachen Beteiligungen hat sich die RBW 2007 erstmals an einem e.V. als Mitglied beteiligt. Gesellschaftszweck der RBW ist nach wie vor die Tourismusförderung. Dieser Zweck sollte auch nicht aufgegeben werden. Zwar haben der RBK und der OBK gemeinsam die Naturarena gegründet, doch sind komplementäre Aktivitäten auch auf Kreisebene zukünftig denkbar.

Anlässlich der Bemühungen der RBW als StarterCenter NRW vom Wirtschaftsministerium des Landes anerkannt zu werden, hat sich die Gesellschaft im Dezember 2007 einem umfassenden Auditierungsverfahren durch den TÜV Rheinland unterzogen. Das entsprechende Zertifikat vom TÜV Rheinland erhielt die RBW im Januar 2008. Kurze Zeit später erfolgte auch die offizielle Anerkennung als StarterCenter NRW Rhein-Berg/Leverkusen.

10. Ertragssituation

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr bei einem Rohergebnis von 109,4 T€ und Betriebsaufwendungen von 629,4 T€ ein Betriebsergebnis von – 520 T€ (VJ: – 598,2 T€). Nach Verrechnung des Finanz- und des neutralen Ergebnisses ergibt sich ein **Jahresfehlbetrag** von **622,2 T€** (VJ: 569 T€). Die Ertragslage der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch gesunkene Umsatzerlöse sowie gestiegene sonstige betriebliche Erträge, denen gleichzeitig eine Erhöhung der Personalkosten sowie gestiegene Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen gegenüberstehen.

Dem um 36,7 T€ gestiegenen Rohergebnis stehen insgesamt um 10,9 T€ gesunkene Betriebsaufwendungen gegenüber, so dass sich das Betriebsergebnis um 47,6 T€ erhöht hat. Der Jahresfehlbetrag wird durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage abgedeckt. Die Kapitalrücklage wird vertragsgemäß durch Einzahlungen des Gesellschafters Rheinisch-Bergischer Kreis aufgestockt.

11. Ausblick

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozesse setzte sich im Jahr 2007 fort. Die RBW entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals im Jahr 2006 durchgeführt wurde. In 2007 wurde das Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich

erstmalig Vergleichswerte über die Jahre. Im vergangenen Jahr ergänzte die RBW das Controlling um eine Kundenzufriedenheitsanalyse sowie eine Befragung der Existenzgründer, die in den Jahren 2003 bis 2005 eine Erstberatung der RBW in Anspruch nahmen. Mit der Umsetzung des Controllings wird die Gesellschaft einen weiteren Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden leisten.

In 2008 und Folgejahren wird die RBW vor allem ihre Chancen in der Entwicklung der Kompetenzfelder Automotive und Gesundheitswirtschaft sowie im Bereich des Standortmarketings wahrnehmen.

Das Kompetenznetzwerk Rhein-Berg-Automotive soll in Kooperation mit anderen Netzwerken aus NRW verstärkt international vermarktet werden.

Aufgrund der Ertrags- und Kostensituation der Gesellschaft ist es auch in 2007 nicht gelungen, Rücklagen aus Mietsonderzahlungen und aus der Zinsertragsmarge im Geschäftsbereich Public Leasing zu bilden, um dem Bonitäts- und Ausfallrisiko entgegenzutreten. Eine Reduzierung des Risikos sieht die Geschäftsführung in der potentiellen Verwertbarkeit der Objekte, der planmäßigen Tilgung der Leasingraten sowie in der Ausfallbürgschaft der Stadt Rösrath.

Bestrebungen zur Minimierung des Risikos ergeben sich aber auch daraus, dass die RBW einen der beiden Leasingnehmer bei seinen Aktivitäten unterstützt, das Objekt vorzeitig zu übernehmen. Gespräche mit der finanzierenden Bank blieben in 2007 aber noch ergebnislos.

Zurzeit wird in Nordrhein-Westfalen die Umsatzsteuerbehandlung von Wirtschaftsförderungseinrichtungen diskutiert. Die Auswirkungen auf die RBW sind derzeit nicht absehbar. Ob der aktuelle politische Abstimmungsprozess zur Entschärfung des Problems führen wird, ist nicht einzuschätzen.

Im Hinblick auf die der RBW GmbH gestellten Aufgaben ist die Gesellschaft zurzeit nicht in der Lage ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, weil sie aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit selbst nur in eingeschränktem Umfang Erträge erzielen kann. Die Gesellschaft ist daher nur dann existenzfähig, wenn die jährlichen Fehlbeträge durch Einzahlung der Gesellschafter ausgeglichen werden.

Kennzahlen im Überblick/Rhein.-Berg. Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	86,2%	81,5%	87,6%	36,0%	36,2%
Umlaufintensität in %	13,8%	18,5%	12,4%	64,0%	63,8%
Investitionsquote	14,2%	25,2%	9,8%	8,6%	6,0%
Reinvestitionsquote	1943,8%	74,9%	2073,3%	713,6%	429,2%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	22,6%	19,6%	18,8%	66,2%	67,4%
Fremdkapitalquote in %	77,4%	80,4%	81,2%	33,8%	32,6%
Anlagendeckung I in %	26,2%	24,1%	21,4%	183,6%	186,2%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-401.000 €	118.000 €	-419.300 €	-574 T€	-729 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-1778,6%	-1941,7%	-825,0%	-1537,8%	-2488,0%
Eigenkapitalrentabilität in %	-85,3%	-95,4%	-126,3%	-16,9%	-19,3%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-14,9%	-14,2%	-19,1%	-9,3%	-11,1%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	1391,6%	1351,2%	405,0%	678,4%	1188,0%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
	2004	2005	2006	2007	2008

Die Finanzierung erfolgt im Rahmen des Kreishaushaltes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Kreisumlage.

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
Sitz	Borngasse 2, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	01.01.1997
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.12.1996 mit Änderung vom 22.11.2001
Handelsregister	HR B 46868 beim Amtsgericht Köln (bis 30.11.2002 HR B 4597 beim Amtsgericht Bergisch Gladbach, letzte Eintragung vom 20.03.2003)
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

Die Stadt hat ihren Regiebetrieb "Städtische Bäder" per 06.10.1997 gemäß § 126 Umwandlungsgesetz (UmwG) im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme in die Bädergesellschaft eingebracht.

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Durch eine möglichst rationelle und damit kostensparende Betriebsführung ist dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung zu tragen, soweit dies mit dem öffentlichen Zweck vereinbar ist.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt der/die Vorsitzende des Aufsichtsrates. Im Geschäftsjahr 2007 fanden drei Gesellschafterversammlungen statt.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist geborenes Mitglied des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Der Aufsichtsrat setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2007 wie folgt zusammen:

Herr Klaus Orth, Bürgermeister	Vorsitzender
Herr Jürgen Albrecht,	Mitglied des Rates
Frau Angelika Graner,	Mitglied des Rates
Herr Dr. Uwe Kassner,	Mitglied des Rates
Herr Gerhard Neu,	Mitglied des Rates
Frau Magda Ryborsch,	Mitglied des Rates
Herr Fabian Schütz,	Mitglied des Rates

Im Geschäftsjahr 2007 fanden 4 ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Günter Hachenberg, Dipl.-Verwaltungswirt. Die Bezüge für die Geschäftsführertätigkeit belaufen sich auf 49.528,94 €. Die Altersversorgung ist durch die Mitgliedschaft der Stadt Bergisch Gladbach bei der Rheinischen Versorgungskasse Köln abgesichert.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 5.113.000 €. Das Stammkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- a) eine Stammeinlage von 25.565 €
- b) eine Stammeinlage von 5.087.435 €

Die Stammeinlage unter a) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei Gründung durch Barleistung übernommen.

Die Stammeinlage unter b) hat die Stadt Bergisch Gladbach bei der Kapitalerhöhung vom 13.08.1997 übernommen und leistet sie dadurch, dass sie ihren Bäderbetrieb als Ganzes mit den dazugehörigen Aktiva und Passiva im Wege einer Ausgliederung nach §§ 168 ff, 123 ff UmwG in die Gesellschaft eingebracht hat.

5. Beschäftigte

Im Jahresdurchschnitt 2007 waren bei der Gesellschaft 20 Mitarbeiter (Vorjahr: 20) beschäftigt. Weiterhin werden Aushilfskräfte nach Bedarf, hauptsächlich während der Freibadsaison eingesetzt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bachem Fervers Janßen Mehrhoff mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Geschäftsverlauf

Die Verminderung der Umsatzerlöse um -132 T€ (= -12,4 %) beruht auf dem Rückgang der Besucherzahlen um -14,3% auf Grund der witterungsbedingt schlechten Freibadsaison im Sommer 2007.

Die Freibadstatistik weist den Sommer 2007 als den schlechtesten seit 10 Jahren aus. Dabei waren im Kombibad Umsatzeinbußen von insgesamt 57 T€ zu verzeichnen. Hinzu kamen Mindereinnahmen im Freibad Milchborntal von 91 T€. In der Sauna/Solarium im Kombibad Paffrath konnte dagegen erneut eine Steigerung um 5 T€ gegenüber dem Vorjahr verbucht werden. Größere Steigerungen sind aufgrund des zu klein bemessenen Saunaangebotes nicht zu erwarten. Hier ist mittelfristig eine dem Umfeld angepasste Erweiterung geplant. Erfreulich verlief auch die Entwicklung im Hallenbad Stadtmitte. Durch die Vermietung von freien Kapazitäten an eine Fremdkommune zu Benutzungspauschalen konnten in dem als reines Verein- und Schulbad genutzten Bad Mehrerlöse von 11 T€ vereinnahmt werden.

Auch positiv waren die ganzjährigen Auswirkungen der ab 01.05.2006 erfolgten Anhebung der Entgelte.

Im Materialaufwand sind überwiegend frequenzabhängige und Außentemperaturabhängige Energiekosten enthalten. Der Anstieg um 59 T€ (= 8,9 %) beruhte neben einer Verteuerung der Strom- und Gaspreise hauptsächlich auf den niedrigeren Außentemperaturen im Vergleich zum Vorjahr.

Die anderen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen eine Ausgleichszahlung der Stadt Bergisch Gladbach in Höhe von 92 T€ (Vj. 95 T€) für nicht anfallende ordentliche Fondsausschüttungen auf Grund der Ende 2002 erfolgten Finanzierung einer Ausschüttung an die Alleingesellschafterin durch Fondsverkäufe in Höhe von 2.500 T€.

Die übrigen Betriebsaufwendungen erhöhten sich insgesamt um 121 T€ (= 5,3 %). Bestimmend für diese Entwicklung waren im Wesentlichen Verteuerungen bei den Personalaufwendungen (5,9 %), die überwiegend auf Zuführungen zur Altersteilzeitrückstellung zurückzuführen sind, sowie bei den Betriebskosten (9,3 %) infolge gestiegener Instandhaltungskosten.

Das Betriebsergebnis vor Zinsen verringerte sich daher gegenüber dem Vorjahr um 316 T€ (= -17,8 %) und weist weiterhin eine hohe Unterdeckung von -2.086 T€ (Vj. 1.770 T€) aus.

Die Erhöhung des Zinsergebnisses um 196 T€ (10,7 %) ist auf gestiegene außerordentliche Ausschüttungen der beiden Spezialfonds aus realisierten Kursgewinnen in Höhe von insgesamt 1.202 T€ (Vj. 908 T€) zurückzuführen.

Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Abschreibungen bei den beiden Spezialfonds auf die niedrigeren beizulegenden Werte am Abschluss-Stichtag.

Das periodenfremde Ergebnis verminderte sich um 67 T€ auf 8 T€; dies beruht im Wesentlichen auf periodenfremden Aufwendungen für Bewirtschaftungskosten.

Nach Verrechnung von Aufwendungen abzüglich Erträgen für das Bad Saaler Mühle von -787 T€ (Vj. 758 T€) ergab sich ein Jahresfehlbetrag von -2.786 T€ (Vj. -280 T€). Die Verschlechterung ist im Wesentlichen auf die außerplanmäßige Abschreibung der Spezial-Fonds zurückzuführen.

Die Aufwendungen abzüglich Erträge für das Bad Saaler Mühle enthalten in 2007 den jährlichen Betriebskostenzuschuss an die Betreibergesellschaft Saaler Mühle in Höhe von 787 T€ sowie Aufwendungen aus Kostenvorlagen für Abwassergebühren in Höhe von 520 T€ abzüglich Erträge aus Weiterbelastungen dieser Abwasserkosten von 520 T€.

Gegenüber den Planansätzen des Wirtschaftsplanes 2007 verbesserte sich das ordentliche Unternehmensergebnis im Wesentlichen infolge zusätzlicher Ausschüttungen der Spezial-Fonds aus realisierten Kursgewinnen.

Die Verschlechterung des Jahresergebnisses beruht auf den Abschreibungen der beiden Spezial-Fonds auf die niedrigeren beizulegenden Werte gem. § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB. Der Annahme der als dauerhaft anzusehenden Wertminderung lagen die niedrigeren Kurswerte zum Abschluss-Stichtag zu Grunde, abzüglich der bis dato aufgelaufenen ordentlichen Erträge, da diese an die Bädergesellschaft ausgeschüttet werden. Die Wertberichtigung betrug insgesamt 2.283.600 €.

Nennenswerte Investitionen im Geschäftsjahr 2007 wurden nicht getätigt.

Auf Grund des Fehlens liquider Mittel im Jahresverlauf waren unterjährig Ausschüttungen von außerordentlichen Erträgen aus den Bäder-Fonds in Höhe von 1.202 T€ (Vj. 908 T€) zur Wahrnehmung der laufenden finanziellen Verpflichtungen notwendig. Insgesamt ist der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit mit -7 T€ (Vj. -228 T€) besser ausgefallen, was auf die höhere Inanspruchnahme des Tagesgeldkredits zurückzuführen war.

Insgesamt ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2007 ein **Jahresfehlbetrag** von **2.786.070,75 €** (VJ: -280 T€), der nach dem Vorschlag der Geschäftsführung durch Entnahme aus den Gewinnrücklagen ausgeglichen werden soll.

8. Leistungsdaten

Im Geschäftsjahr 2007 zählte die Bädergesellschaft insgesamt **288.597 Besucher** (VJ: 336.761 Besucher). Hierbei entfielen auf die einzelnen Bäder:

	<u>Besucher 2007</u>	<u>Besucher 2006</u>
- Kombibad Paffrath	213.843	242.487
- Hallenbad Stadtmitte	49.299	48.627
- Freibad Milchborntal	16.905	37.928
- <u>Sauna/Solarium Kombibad Paffrath</u>	<u>8.550</u>	<u>7.719</u>
insgesamt	288.597	336.761

9. Berichterstattung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH ist tätig in den Bereichen Erwerb, Bau und Betrieb von Bädern und sonstigen Freizeiteinrichtungen. Da die Gesellschaft auf die Erfüllung des öffentlichen Zwecks ausgerichtet ist und allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives, dem Zeitgeist für moderne Sport-, Freizeit- und Erholungseinrichtungen entsprechendes, dabei aber auch bezahlbares Bäderangebot ermöglichen soll, sind die Benutzungsentgelte sozial verträglich gestaltet. Schule und Vereine nutzen die Bäder nach der derzeit geltenden Entgeltregelung grundsätzlich noch unentgeltlich.

10. Ausblick

Die Bädergesellschaft zahlt an die Investorengesellschaft für den Badbereich Saaler Mühle einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 787.389,50 €. Mit Wirkung zum 30.06.2008 wurde das Grundstück Saaler Mühle an die Betreibergesellschaft verkauft. Entsprechend reduziert sich die finanzielle Verpflichtung zum 01.01.2008 auf den letzten und anteiligen Zuschuss für das Jahr 2008 (393.694,75 €). Gleichzeitig entfällt die ursprüngliche Wertausgleichsverpflich-

tung in Höhe von rd. 9 Mio. € an die Betreibergesellschaft für die Rückübertragung der Gebäude und Anlagen am Ende der Laufzeit des ursprünglichen Betreibervertrages. Der Badbereich wird durch die künftigen Eigentümer bis zum 31.12.2009 in ein Thermalbad umgebaut. Die Käuferin verpflichtete sich, das Bad bis mindesten zum 31.12.2015 zu betreiben.

Die Ertragslage des Geschäftsjahres 2008 wird daher durch die Beendigung des Betreibervertrages für das Bad Saaler Mühle und die Grundstücksveräußerung mit insgesamt 1.037 T€ belastet sein. Diese ergibt sich aus dem hälftigen Betriebskostenzuschuss von 394 T€ und der Schadensersatzleistung von 1.900 T€ nach Abzug des Buchgewinns aus der Grundbesitzveräußerung von 1.257 T€.

Aufgrund des Wechsels im Angebot des Betreibers von Mediterana, der aus wirtschaftlichen Überlegungen seine Prioritäten vorerst in den Ausbau des Wellnessbereiches und des Thermalbades setzt und damit zukünftig andere Zielgruppen als die Bädergesellschaft bedient, sehen wir einen Anstieg auf der Nachfrageseite.

Da das Betreiben von öffentlichen Schwimmbädern erhebliche Kosten verursacht, die durch die sozial verträglichen Eintrittsgelder regelmäßig nicht gedeckt werden können, ist die Bädergesellschaft zur Aufrechterhaltung des Badbetriebes auf Quersubventionen angewiesen. Diese Quersubvention erhält die Bäder GmbH aus den Erträgen, die durch zwei Spezialfonds erwirtschaftet werden. Als Ausgleich für die durch die Gesellschafterin entnommenen Anteile in Höhe von ca. 2.500 T€ im Jahr 2002 wird von der Gesellschafterin ein jährlicher Zinsausgleich bezahlt.

Bei einer gleichzeitigen Stärkung der Angebotsseite durch weitere Forcierung von attraktiven Segmenten für die Öffentlichkeit, gepaart mit einer neuen Struktur der Belegung durch Schulen und Vereine werden wir versuchen, die vorhandene starke Marktposition in der Region im Bereich der Sport- und Familienbäder auszubauen. Zusätzlich setzt die Gesellschaft ihre Anstrengungen zur Kosteneinsparung und Effizienzverbesserung fort, um den Kostendeckungsgrad sukzessive nachhaltig zu verbessern. Mit einer am 12.12.2007 mit Wirkung zum 01.03.2008 vom Aufsichtsrat genehmigten Erhöhung der Entgelte wurden die ersten Voraussetzungen für weitere Umsatzsteigerungen geschaffen. Durch die Neuordnung des Angebotes im Stadtgebiet gehen wir zukünftig von einer höheren Frequentierung der Bäder aus, die uns bei gleichzeitiger struktureller Kosteneinsparung eine Verbesserung der Ertragsituation verspricht.

An Baumaßnahmen ist im 1975 erbauten Kombibad Paffrath der zweite Bauabschnitt, die Sanierung und Umgestaltung der maroden Außenbecken, vorgesehen. Durch die dabei beabsichtigte Verringerung von Wasserflächen ist eine Reduzierung der Betriebskosten zu erwarten.

Im Bereich der Substanzerhaltung der Bäder ist im unmittelbaren Anschluss an die Sanierung des Schulhallenbades Mohnweg die Generalsanierung des Hallenbades Stadtmitte geplant.

Neben den allgemeinen Betriebsrisiken für ein Unternehmen werden spezielle Risiken in der Aufrechterhaltung aller betriebsnotwendigen Anlagen, beim Energieverbrauch bzw. bei den Energiepreisen, im Umwelt-, Gesundheits- und Sicherheitsbereich in den Bädern gesehen. Ebenso könnten eine Umkehr des gegenwärtig positiven Konjunkturverlaufs und die aktuell anhaltende Finanzkrise in Folge belastend für die Erlös- und Kursentwicklung des Fondsvermögens sein.

Ein Liquiditätsrisiko würde sich ergeben, wenn die Reserven für die zeitgerechten finanziellen Verpflichtungen nicht mehr ausreichen. Zur Deckung des Kapitalbedarfs stehen grundsätzlich die flüssigen Mittel aus den Bädereinnahmen und aus den ordentlichen Ausschüttungen der beiden Spezialfonds zur Verfügung. Außerdem kann die Gesellschaft auf eine Kreditlinie von 2.506 T€ zurückgreifen. Zusätzlich kann auch, nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat, auf außerordentliche Ausschüttungen der Fonds zurückgegriffen werden.

Mit flexiblen Öffnungszeiten und entsprechendem Personaleinsatz versucht die Bädergesellschaft die Kosten zu reduzieren und den stark wetterabhängigen Schwankungen bei den Umsatzerlösen in den Freibadbereichen zu begegnen. Gleichzeitig wird versucht, die Umsatzenschwankungen im Freibadbereich über Substitutionsangebote und Verkauf von Badeartikeln auszugleichen.

Die Finanz- und Ertragslage wird grundlegend durch die Entwicklung und die Ausschüttungsmöglichkeiten der beiden Spezial-Fonds geprägt. Für das Folgejahr geht die Bädergesellschaft nach Prognosen der Fondsmanager von einer Ausschüttung an ordentlichen Erträgen von 1.373 T€ aus. Diese Quersubvention wird voraussichtlich nicht ausreichen, um das negative Betriebsergebnis aus dem Bäderbetrieb zuzüglich des für das Jahr 2008 letztmalig zu zahlenden hälftigen Zuschusses an die Betreibergesellschaft Saaler Mühle (Mediterrana) in Höhe von 394 T€ abzudecken, so dass im Geschäftsjahr 2008 weitere außerordentliche Ausschüttungen aus realisierten Kursgewinnen erforderlich sein werden.

Kennzahlen im Überblick/Bädergesellschaft mbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	97,6%	99,0%	97,2%	96,7%	95,5%
Umlaufintensität in %	2,4%	1,0%	2,8%	3,3%	4,5%
Investitionsquote	0,5%	0,1%	0,1%	0,3%	0,6%
Reinvestitionsquote	12,4%	2,4%	2,1%	4,4%	8,2%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	75,2%	77,2%	74,9%	74,6%	72,2%
Fremdkapitalquote in %	24,8%	22,8%	25,1%	25,4%	27,8%
Anlagendeckung I in %	77,1%	78,0%	77,1%	77,2%	75,6%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	-188 T€	442 T€	-545 T€	252 T€	64 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-196,7%	-225,1%	-255,3%	-194,0%	-509,1%
Eigenkapitalrentabilität in %	-2,9%	-0,7%	-2,0%	-0,7%	-7,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %	-1,4%	0,4%	-0,5%	0,5%	-4,4%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	108,7%	115,6%	102,7%	-95,6%	-115,6%
Haushalt Kernhaushalt					
	2004	2005	2006	2007	2008
Entgeltzahlung der Stadt für Überlassung Wasserflächen für Schwimmkurse	-14.725 €	-13.941 €	-10.000 €	0 €	0 €
Ausgleichszahlung	-99.553 €	-90.849 €	-77.820 €	-94.504 €	-92.056 €
Einnahmen Stadt aus Verrechnungen*	16.050 €	10.569 €	0 €	0 €	36.863 €
Saldo	-98.228 €	-94.221 €	-87.820 €	-94.504 €	-55.193 €

* In 2008 flossen der Stadt für Leistung des Fachbereichs Stadtgrün insgesamt 36.863 € zu.

Stellenplan Bädergesellschaft	2004	2005	2006	2007	2008
--------------------------------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Stellenanteil der nicht mehr im Sammelnachweis enthalten ist 23 Stellen 23 Stellen 22,75 Stellen 22,75 Stellen 20,75 Stellen

BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH Bergisch Gladbach

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH
Sitz	Senefelderstr. 15, 51469 Bergisch Gladbach
Gründung	27.Mai 1997 (Gesellschaftsvertragsabschluss), letzte Änderung des Gesellschaftervertrags am 22. Dezember 1997
Handelsregister	HR B-Nr. 46936 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst die Errichtung und den gewerbsmäßigen Betrieb eines Eisenbahnverkehrsunternehmens zur Güterbeförderung sowie die Errichtung und den gewerbsmäßigen Betrieb eines Eisenbahn-Infrastrukturunternehmens zur Güterlagerung und Güterverladung.

Das Eisenbahn-Güterverkehrsunternehmen steht im Rahmen des Gesellschaftszweckes jedermann zur Verfügung. Das Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen ist in seiner Eigenschaft zweckgebunden und demzufolge nicht öffentlich.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar dienen. Sie kann insbesondere Zweigniederlassungen oder Gesellschaften errichten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die von den Gesellschaftern in den Angelegenheiten der Gesellschaft zu treffenden Bestimmungen und Entscheidungen erfolgen durch Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung mit einfacher Mehrheit der bei Beschlussfassung abgegebenen Stimmen, es sei denn, Gesetz oder Gesellschaftsvertrag schreiben zwingend eine grössere Mehrheit vor. Je 500 € Nominalbetrag eines Geschäftsanteils geben eine Stimme. Im Jahr 2007 haben insgesamt zwei Gesellschafterversammlungen stattgefunden.

Die Stadt Bergisch Gladbach wird in der Gesellschafterversammlung vertreten durch Herrn Bernd Martmann, Leiter Fachbereich 8. Stellvertretendes Mitglied ist Herr Martin Westermann, Fachbereich 8.

3.2 Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehören drei Mitglieder an. Aufgaben und Verantwortung werden durch die Geschäftsordnung vom 12.November 1998 bestimmt.

Im Geschäftsjahr 2007 gehörten der Geschäftsführung an:

Manfred Embach, Wincanton GmbH

Paul Schumacher, Häfen- und Güterverkehr, Köln AG

Hardy Winter, M-real Zanders GmbH

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 511.291,88 €.

An der Gesellschaft waren am 31.12.2007 beteiligt:

<u>Gesellschafter</u>	<u>Gesellschafteranteile in €</u>	<u>in %</u>
M-real Zanders GmbH	204.516,75	40
Wincanton GmbH	163.613,40	32
Häfen- und Güterverkehr Köln AG	92.032,54	18
Stadt Bergisch Gladbach	51.129,19	10

5. Beschäftigte

Aufgrund der geringen Größe wird die Gesellschaft ausschließlich durch Mitglieder der Geschäftsführung organisiert und geleitet. Die Geschäftsführer erhielten im Geschäftsjahr 2007 keine Vergütungen.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

7. Geschäftsverlauf

Die im Jahr 2006 begonnene konjunkturelle Belebung hat sich im Wesentlichen in 2007 fortgesetzt. Als Resultat dieser erfreulichen Entwicklung wurden 299.323 t (Vj. 304.908 t) für das Werk Gohrsmühle der M-real Zanders GmbH, Bergisch Gladbach, auf der Schiene abgewickelt. Dies entspricht 99,8 % der erwarteten Menge.

Für die Werke Reflex, Kanzan und Schöllershammer in Düren wurden insgesamt 168.099 t (Vj. 100.382 t) auf Reflex und Kanzan und 68.073 t (VJ. 63.495 t) auf Schöllershammer abgewickelt. Ergänzend dazu wurden Drittmengen in den Raum Zülpich transportiert. Darüber hinaus wurde in den Raum Jülich Kohle befördert. Diese Relation wird erst seit September 2006 bedient.

Die Zusammenarbeit mit dem Logistikdienstleister Wincanton GmbH aus Mannheim als Pächter des Güterterminals Bergisch Gladbach und Düren verlief auch im Geschäftsjahr 2007 erfolgreich und reibungslos.

8. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2007 konnte mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von 9 T€ (2006: -80 T€) abgeschlossen werden. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag verminderte sich entsprechend von 2.012 T€ auf 2.003 T€. Diese Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf eine Verbesserung des Finanzergebnisses von -719 T€ im Vorjahr auf -629 T€ im Berichtsjahr aufgrund tilgungsbedingt rückläufiger Zinsaufwendungen zurückzuführen.

Die Investitionstätigkeit in 2007 beschränkte sich im Wesentlichen auf Ersatzinvestitionen.

Nach Berücksichtigung des Jahresüberschusses von 9 T€ beträgt der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag zum 31.12.2007 2.003 T€.

9. Risiken der künftigen Entwicklung

Die Gesellschaft ist in das Risikomanagementsystem der M-real Zanders GmbH eingebunden. Gefahren für die Gesellschaft werden so identifiziert und untersucht.

Mit Vertrag vom 11.10.2007 wurde durch die M-real Zanders GmbH das Werk Reflex in Düren an einen Wettbewerber verkauft. Der Vertrag steht unter Vorbehalt der Zustimmung der EU-Kartellbehörde, deren Entscheidung im ersten Halbjahr 2008 erwartet wird. Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der BGE ergeben sich aus diesem Verkauf nicht.

Die Gesellschaft unterliegt aufgrund der Art ihrer Geschäftstätigkeit nahezu keinen Währungsrisiken. Zinsänderungsrisiken bei dem Darlehen der Verkehrs Bank wurde teilweise durch ein Zinsbegrenzungsgeschäft begegnet. Hierbei ist der Zinsbegrenzungssatz auf 5 % p.a. festgelegt. Aufgrund der Debitorenstruktur sind keine wesentlichen Ausfallrisiken gegeben.

Die Investitionen der Gesellschaft wurden teilweise durch Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen, teilweise durch Darlehen finanziert. Die Fördergelder sind an bestimmte Mindestfrachttonnagen für die Standorte Bergisch Gladbach und Düren gebunden.

Die Bewilligungsbehörde hat sich in ihren Zuwendungsbescheiden für den Fall der Unterschreitung der zugrunde gelegten durchschnittlichen Frachtmengen vorbehalten, die Fördermittel ggfs. anteilig zurückzufordern. In den vergangenen Jahren ist es zu unterschiedlichen Auffassungen darüber gekommen, ob die in den Bescheiden geforderten Mindestfrachtmengen eingehalten wurden.

Zur abschließenden Regelung des Sachverhalts hat die Gesellschaft am 19.12.2007 mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen einen Vertrag geschlossen. Mit diesem Vertrag wurde eine nachträgliche Änderung des ursprünglichen Zuwendungsbescheids vom 07.12.1999 vorgenommen und die bewilligte Zuwendung mit Wirkung um 250 T€ reduziert. Die Mengenverpflichtungen für Düren und für Bergisch Gladbach wurden im Gegenzug reduziert. Sollten die neuen Verpflichtungsmengen für Düren oder für Bergisch Gladbach kumuliert bis November 2012 nicht erreicht werden, muss die Gesellschaft einmalig maximal 600 T€ (100 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung für Düren und 500 T€ bei Nichteinhaltung der Mengenverpflichtung für Bergisch Gladbach) an das Ministerium zahlen. Danach ist die Gesellschaft dann von weiterer Rückforderung befreit.

Gemäß Vertrag zwischen der BGE und der M-real Zanders GmbH vom 19.12.2007 erklärt sich der Gesellschafter M-real Zanders GmbH bereit, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die Gesellschaft im Falle einer Zahlungsverpflichtung gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen dieser nachkommen kann. Im Rahmen dieser Vereinbarung wurden die an das Ministerium am 27.12.2007 zurückerstatteten 250 T€ durch den Gesellschafter M-real Zanders GmbH in Form eines privaten Investitionszuschusses ausgeglichen.

Durch diese Rückgriffsmöglichkeit der BGE im Falle des Eintretens weiterer Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ministerium für Bauen und Verkehr ist in diesem Zusammenhang nun nicht mehr von einer potenziellen Bestandsgefährdung auszugehen.

10. Voraussichtliche Entwicklung

Der in der Investitionsphase der Gesellschaft aufgelaufene Verlustvortrag wird in den Folgejahren entsprechend dem Geschäftsplan aufgrund steigender Betriebsergebnisse und verbesserter Finanzergebnisse ausgeglichen. Die steigenden Betriebsergebnisse resultieren aus einer Abnahme der Abschreibungen, bedingt durch das Auslaufen der Abschreibungen auf kurzfristige Investitionsgüter aus den Jahren 1999 ff. Bei den aufgenommenen Darlehen handelt es sich im wesentlichen um Annuitätendarlehen, hier nimmt im Laufe der Jahre die Zinsbelastung ab und der Tilgungsanteil zu. Dies führt dazu, dass sich das Finanzergebnis aufgrund sinkender Zinsbelastungen kontinuierlich verbessert.

Die Gesellschaft erwartet für 2008 einen Jahresüberschuss von 174 T€ und plant den Verlustvortrag voraussichtlich im Jahr 2012 vollständig ausgeglichen zu haben.

Kennzahlen im Überblick/BGE Eisenbahn Güterverkehr GmbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in %	98,3%	98,3%	98,4%	97,0%	94,1%
Umlaufintensität in %	1,7%	1,5%	1,6%	3,0%	5,9%
Investitionsquote	1,0%	0,0%	0,1%	0,6%	1,7%
Reinvestitionsquote	8,8%	0,0%	0,5%	3,4%	7,9%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	17,6%	15,8%	14,0%	11,8%	9,2%
Fremdkapitalquote in %	82,4%	84,2%	86,0%	88,2%	90,8%
Anlagendeckung I in %	17,9%	16,1%	14,2%	12,1%	9,7%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	1.777 T€	1.574 T€	1.498 T€	2.189 T€	2.218 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	-11,7%	-11,2%	-9,8%	-9,0%	-8,8%
Eigenkapitalrentabilität in %	-7,6%	-7,5%	-5,7%	-4,0%	0,7%
Gesamtkapitalrentabilität in %	2,4%	2,7%	3,3%	3,8%	4,4%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt					
Pachtzinszahlungen an die eigenbetriebs-ähnliche Einrichtung Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung.	31.000 €	34.061 €	34.061 €	34.061 €	34.061 €

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach
Sitz	Bergisch Gladbach
Gründung	06.10.1999
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 06.08.1999
Handelsregister	HRB 47192 beim Amtsgericht Köln vom 27.08.2003
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherstellung von Angeboten zur Personenbeförderung und zum Gütertransport sowie die Förderung der Belange des Umweltverbundes. Die Gesellschaft kümmert sich insbesondere um die dauerhafte Einführung eines Stadtbussystems. Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs werden erst übernommen, wenn die dazu erforderlichen Genehmigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz eingeholt sind.

Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben (z.B. Parkraumverwaltung und Parkraumbewirtschaftung, insbesondere Erwerb, Bau und Betrieb von Parkplätzen und Parkhäusern in der Stadt Bergisch Gladbach), sofern diese dem Gesellschaftszweck direkt oder indirekt dienlich und nicht dem hoheitlichen Bereich zuzuordnen sind.

Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt die/der Vorsitzende des Aufsichtsrates.

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat der aus sieben Mitgliedern besteht. Die/der jeweilige Hauptgemeindebeamtin/-beamte der Stadt Bergisch Gladbach ist Vorsitzende/Vorsitzender des Aufsichtsrates. Die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates werden vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach entsandt.

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehörten in 2007 an:

Klaus Orth, Bürgermeister (Vorsitzender)
Annika Böcher, Mitglied des Rates (bis Sept. 2007)
Otto Jung, Mitglied des Rates
Renate Schmidt-Bolzmann, Mitglied des Rates
Johann Kierspel, Mitglied des Rates
Dr. Ulrich Steffen, Mitglied des Rates
Klaus W. Waldschmidt, Mitglied des Rates
Hendrik Sonnenberg, Mitglied des Rates (ab Sept. 2007)

Im Geschäftsjahr 2007 fanden drei ordentliche Aufsichtsratssitzungen statt. Die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder betragen insgesamt 286,20 €.

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer ist Herr Stephan Schmickler (Eintrag HRB 47192 vom 27.08.2003).

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 EUR. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bergisch Gladbach.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2007 ist durchschnittlich ein Mitarbeiter beschäftigt worden.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2007.

7. Geschäftsverlauf

Im Berichtsjahr schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem **Jahresfehlbetrag** in Höhe von **161.156,76 €** (VJ: -166.659,61 €) ab.

Der Jahresfehlbetrag wird aus der Kapitalrücklage abgedeckt.

Das Jahresergebnis entspricht im Wesentlichen dem über den Wirtschaftsplan beschlossenen Ergebnis.

Hierdurch wird aufgezeigt, dass die anfallenden Kosten nicht über eigene erwirtschaftete Erträge abgedeckt werden können. Vielmehr ist die Gesellschaft auf öffentliche Zuschüsse bzw. Zuschüsse der Stadt als alleinige Gesellschafterin der Gesellschaft angewiesen. Im Berichtsjahr sind der Gesellschaft Zuschüsse i.H.v. 106 T€ vom Rheinisch-Bergischen Kreis für den allgemeinen Personennahverkehr gezahlt worden. Darüber hinaus sind von Seiten der Stadt Zuschüsse i.H.v. 161 T€ zur Verlustabdeckung 2007 gezahlt worden.

Der Materialaufwand, der sich im Berichtsjahr auf 229 T€ beläuft, wird im Wesentlichen durch den Aufwandsersatz für die von den Verkehrsunternehmen durchgeführten Betriebsleistungen geprägt.

Die Personalkosten stagnieren. Die wesentlichen Arbeiten werden von städtischen Bediensteten erledigt. Hierfür wird eine Verwaltungskostenumlage erhoben. Diese und die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (9 T€).

Per Saldo hat sich das Betriebsergebnis um 23 T€ von -190 T€ auf -167 T€ verbessert.

Durch die fortlaufende Unterstützung der Gesellschafterin kann davon ausgegangen werden, dass auch in der Zukunft alle Verbindlichkeiten fristgerecht bedient werden können.

8. Ausblick

Hinsichtlich des inneren Verwaltungsaufwandes ist die Gesellschaft konsolidiert, d. h. eine weitere Senkung der Kosten wird nicht mehr erwartet.

Das Ziel eigenständiges Verkehrsunternehmen zu werden, kann für die Zukunft voraussichtlich ausgeschlossen werden, da der Rheinisch-Bergische-Kreis als Aufgabenträger aktuell die Neuordnung der ÖPNV-Struktur vorgesehen hat. Gegebenenfalls sind in diesem Zusammenhang die vertraglichen Vereinbarungen mit der RVK anzupassen. Es wird allerdings weiter versucht, durch die bestehenden Verträge mit den Verkehrsunternehmen (Zusatzverkehre), sowie durch eigene Konzepte der Gesellschaft weitreichenderen Einfluss auf das ÖPNV – Geschehen, bis hin zu einer eigenen Betriebsführerschaft zu verschaffen, sofern nach Neuordnung des kreisweiten ÖPNV hierfür noch Marktanteile abzudecken sind.

Das Schülerticket wird ab 2007 flächendeckend im Solidarmodell angeboten. Dabei ist es bei der 2006 gefundenen und für die SVB finanziell risikolosen Vertrags- und Finanzierungsstruktur geblieben. Der ab 2009 wegfallende Kreiszuschuss wird durch Optimierung der Verkehre zwischen Bensberg, Moitzfeld und Herkenrath und/oder ggf. der Anpassung der Verträge (Teilkündigung) aufgefangen.

Die Risiken der Gesellschaft ergeben sich aus den mittelfristig umzusetzenden Unternehmenszielen sowie aus den durch EU-Recht zu erwartenden veränderten Rahmenbedingungen.

Insbesondere sind dies:

- die aus der eigenen Betriebsführerschaft bzw. der Eigenschaft als Verkehrsunternehmen zu erwartenden Verpflichtungen im Bereich des ÖPNV,
- aufgrund der allgemeinen Lage der öffentlichen Kassen sinkenden Zuwendungen,
- Wegfall Kreiszuschuss ab 2009,
- Schüler Ticket – Abrechnungsmodus, sofern der VRS nicht mehr zur Risikoübernahme bereit ist.
- Der evtl. Erfordernis eines Zuschusses für den Bereich des Schülertickets (sinkende Verkaufszahlen durch erhöhte Preisgestaltung aufgrund der hohen Energie- und Personalkosten bei den Verkehrsunternehmen)

Als vorteilhaft erwies sich nach wie vor dass die Gesellschaft im Rahmen der Weiterentwicklung von ÖPNV-Angeboten durch ihre organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten eine aktive Rolle – vor allem in der Kooperation mit dem Aufgabenträger und den Verkehrsunternehmen – einnehmen kann. Auch ohne die formalen Instrumente der Aufgabenträgerschaft oder der Unternehmerfunktion lassen sich so die ÖPNV – Angebote z. B. durch die Bestellung von bedarfsgerechten Zusatzverkehren in Bergisch Gladbach zeitnah und zielgerichtet beeinflussen.

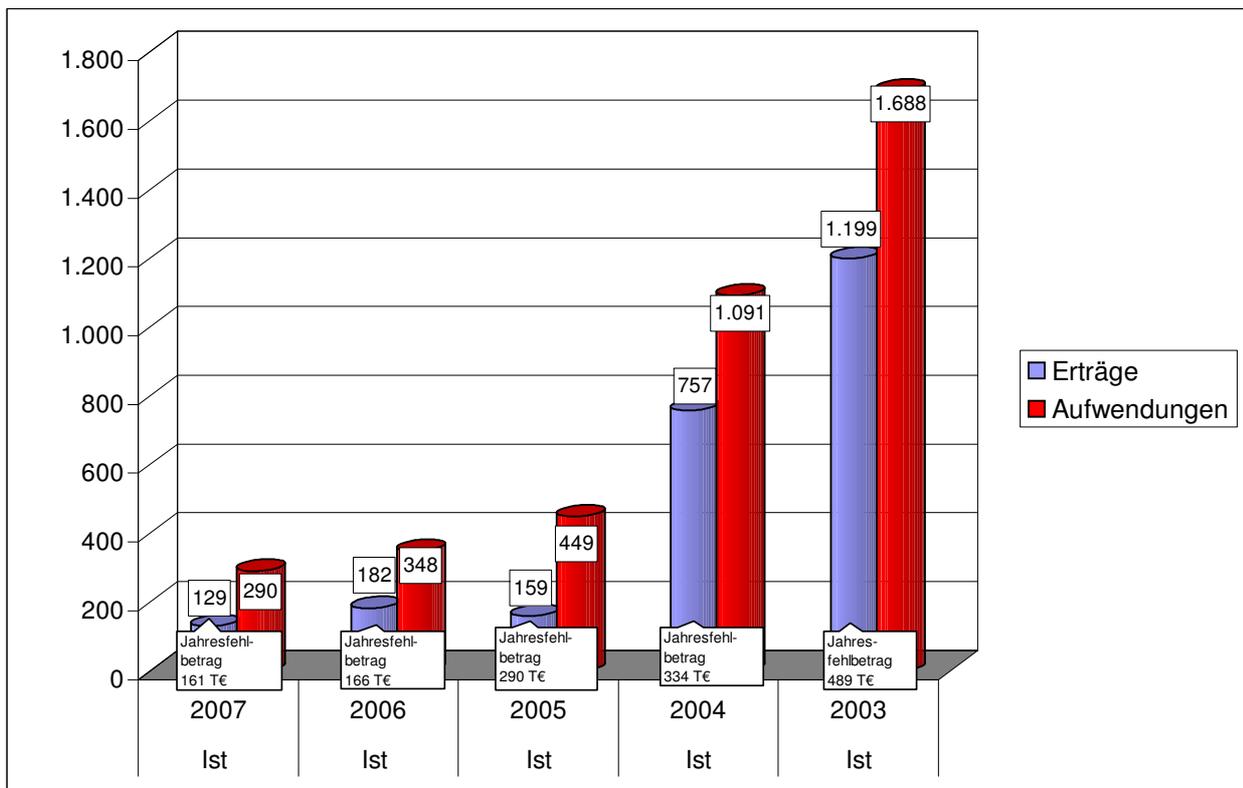
Die über mehrere Jahre geführte Diskussion über die Zukunft der Gesellschaft soll in dem Sinne weitergeführt werden, die sich aus der privaten Organisationsform der SVB ergebenden Handlungsmöglichkeiten für die Stadt verfügbar zu halten. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtverkehrsgesellschaft Bergisch Gladbach mbH

in TEUR	Plan 2007	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004	Ist 2003	Ist 07 / Ist 06
1. Umsatzerlöse	18	16	17	17	648	1.065	-1
2. Sonstige betriebliche Erträge*	307	112	164	141	108	132	-52
3. Betriebliche Erträge (1+2)	325	128	181	158	756	1.197	-53
4. Materialaufwand	-246	-229	-218	-263	-930	-1.359	-11
5. Personalaufwand	-31	-5	-6	-52	-53	-121	1
6. Abschreibungen	0	0	-60	-2	-5	-5	60
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-209	-56	-64	-132	-103	-201	8
8. Betriebsaufwand (4+5+6+7)	-486	-290	-348	-449	-1.091	-1.686	58
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	1	1	1	2	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	-2	0
11. Finanzergebnis (9+10)	0	1	1	1	1	0	0
12. Jahresüberschuss (3+8+11)	-161	-161	-166	-290	-334	-489	5

* Der Betriebskostenzuschuss wurde in 2001 als Sonstiger Betrieblicher Ertrag ausgewiesen.

Entwicklung Erträge/Aufwendungen (Angaben in TEUR)



Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach GmbH
Sitz	Obereschbach 1, 51429 Bergisch Gladbach
Gründung	durch notariellen Vertrag vom 18. Dezember 2000
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 18.12.2000
Handelsregister	HRB 47448 beim Amtsgericht Köln, Eintragung am 07. März 2001, HRB 47448 beim Amtsgericht Köln seit der Zuständigkeitsänderung der Führung der Handelsregister im Jahre 2002
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich der Sammlung, des Transportes und der Verwertung von Abfällen sowie die Strassenreinigung, die nicht Gegenstand der durch den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach zu erfüllenden hoheitlichen Aufgaben der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an ihnen beteiligen.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung besteht aus fünf Mitgliedern, die vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach für die Dauer der jeweiligen Wahlperiode gewählt werden. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung hat der aus ihrer Mitte gewählte Vorsitzende.

Die Gesellschafterversammlung setzte sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Herr Michael Kremer	Mitglied des Rates (Vorsitzender)
Herr Heinrich Lang	Mitglied des Rates
Herr Klaus W. Waldschmidt	Mitglied des Rates (stellvertretender Vorsitzender)
Herr Stephan Schmickler	2. Beigeordneter und Stadtbaurat
N.N.	Leiter des Fachbereiches 7

Es fanden 4 Gesellschafterversammlungen im Berichtsjahr statt

3.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft verfügt über **keinen** Aufsichtsrat.

3.3 Geschäftsführung

Zu Geschäftsführern wurden Frau Diana Lauszus (Vertretung) und Herr Wilhelm Carl berufen.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt satzungsgemäß 25 T€ und wird in voller Höhe durch die Stadt Bergisch Gladbach gehalten.

5. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2007 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 27,25 Arbeiter beschäftigt.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow, Dr. Ott KG mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2007 konzentrierte sich die Tätigkeit der Gesellschaft weiterhin auf die Fortführung der bisherigen Tätigkeiten im Bereich der Personalgestaltung und Vermietung von Abfallbehältern und Fahrzeugen sowie des Betriebs einer Übergabestelle für Elektroaltgeräte.

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr mit einem **Jahresüberschuss** in Höhe von **184.294 €** (VJ: 7 T€) ab. Der im laufenden Geschäftsjahr erwirtschaftete Gewinn ist gegenüber dem Vorjahr bedingt durch den nur noch außerbilanziell zu berücksichtigenden Investitionsabzugsbetrags für im folgenden Geschäftsjahr anstehende Investitionen deutlich gestiegen. Der Jahresüberschuss soll auf neue Rechnung vorgetragen werden. Eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafterin ist im Hinblick auf die überwiegende Finanzierung anstehender Investitionen nicht vorgesehen.

Die Erlöse der Gesellschaft sind um 234 T€ gestiegen auf 1.442 T€. Die aus der Geschäftsbeziehung mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb erzielten Erlöse stiegen um 154 T€, die Erlössteigerung aus der Tätigkeit für Dritte betrug rd. 80 T€. Diese Steigerung beruht mit 54 T€ überwiegend auf Ertragssteigerungen im Bereich der Altpapierverwertung.

Aus dem im Geschäftsjahr höheren Personalbedarf des Abfallwirtschaftsbetriebes resultierte eine gestiegene Nachfrage nach Mitarbeitern der EBGL GmbH. Der bisherige Umfang der Beschäftigung von gewerblichen Mitarbeitern beim Abfallwirtschaftsbetrieb im Rahmen des geschlossenen Personalgestellungsvertrages wurde auf bis zu 25 Mitarbeiter erweitert. Der Umsatz aus dem Geschäftsbereich „Personalgestaltung an den Abfallwirtschaftsbetrieb“ ist entsprechend von 766 T€ auf 884 T€ gestiegen. Dieser Anstieg resultiert aus der zusätzlichen Beschäftigung von 5 Mitarbeitern für den City-Service der Stadt Bergisch Gladbach.

Der Geschäftsbereich „Vermietung von Abfallbehältern an Dritte“ hat sich weiter positiv entwickelt und brachte höhere Erträge als im Vorjahr. Auch der Bereich der Erlöse aus Straßenreinigungsaufträgen Dritter entwickelte sich kontinuierlich weiter. Eine positive Tendenz zeigen insbesondere die erzielten Erlöse im Geschäftsbereich „Verwertungstätigkeiten“, da wei-

terhin ein Anstieg der Verwertungsmengen bei gleichzeitig steigenden Marktpreisen zu verzeichnen war. So betragen die Bruttoerlöse im Bereich Verwertung rund 98 T€. Auch für das kommende Geschäftsjahr wird in diesen Bereichen eine weitere positive Geschäftsentwicklung erwartet.

Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Investitionen in das Sachanlagevermögen, insbesondere durch die Anschaffung von Müllfahrzeugen getätigt. Saldiert mit den Abschreibungen verbleibt ein Zugang von 345 T€. Die Gesellschaft hat die über die Mieteinnahmen erzielten Abschreibungen zur Tilgung der Darlehen verwandt. Der Darlehensstand erhöhte sich infolge der Aufnahme von 735 T€ für Investitionen vermindert um die planmäßigen Tilgungen um 582 T€.

Die Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit der Gesellschaft ist weiterhin sichergestellt. Eine Insolvenz droht nicht.

8. Ausblick

Nach dem Ausschreibungsergebnis der DSD GmbH zur Sammlung von LVP-Verkaufsverpackungen konnte mit der beauftragten Firma die Fortsetzung der Vereinbarung zur Nutzung gemieteter Gelber Tonnen bis 2010 abgestimmt werden. Der Bereich Behältervermietung wird sich daher auch in den nächsten Jahren positiv gestalten.

Im Hinblick auf den Beschluss des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, bei der Gesellschaft zukünftig verstärkt Fahrzeuge anzumieten und ihr die Errichtung und den Betrieb einer Toilettenanlage (mit im Gebäude integrierten Kiosk) zu übertragen, werden in den Folgejahren verstärkt Investitionen erforderlich. Hierzu wurde im Geschäftsjahr neben der Ansparrücklage aus dem Vorjahr in Höhe von 74 T€ ein Investitionsabzugsbetrag berücksichtigt. Das Geschäftsvolumen im Sektor Vermietung wird daher zukünftig steigen. Eine Erweiterung der Geschäftstätigkeit ist auch ab 2009 im Hinblick auf den beabsichtigten Ausbau der Elektroaltgeräte- und Wertstoffannahmestelle zu einem Wertstoffhof zu erwarten.

Risiken ergeben sich aufgrund des Ratsbeschlusses der Stadt Bergisch Gladbach, wonach zukünftig nur noch 14 Mitarbeiter der Gesellschaft im Rahmen des Personalgestellungsvertrages im Abfallwirtschaftsbetrieb beschäftigt werden sollen. Daraufhin wurden im Oktober 2007 insgesamt 11 Mitarbeiter in ein Arbeitsverhältnis bei der Stadt Bergisch Gladbach übernommen. Die für den City-Service beschäftigten Mitarbeiter werden ab 2008 von der GL-Service gGmbH angestellt. Dementsprechend wird der Umsatz der Gesellschaft im Geschäftsbereich Personalgestellung stark rückläufig sein. Umsatzrückgänge sind auch im Geschäftsbereich Verwertung aufgrund sinkender Sekundärrohstoffpreise nicht auszuschließen.

Für das Geschäftsjahr 2008 erwartet die Geschäftsführung im Bereich „Vermietung“ einen Umsatzzuwachs im Hinblick auf die geplanten Investitionen in Fahrzeuge für verschiedene Dienststellen der Stadt Bergisch Gladbach. Andererseits werden die Umsätze im Bereich „Personalgestellung“ deutlich sinken.

Weitere gewinnschmälernde Risiken sind für das Geschäftsjahr 2008 derzeit nicht erkennbar.

Kennzahlen im Überblick/Entsorgungsdienste Bergisch Gladbach mbH

	2003	2004	2005	2006	2007
1. Vermögenslage					
Anlagenintensität in % *	52,6%	38,7%	30,7%	29,6%	36,2%
Umlaufintensität in % *	47,4%	61,3%	69,3%	70,4%	63,8%
Investitionsquote	46,5%	48,7%	11,5%	50,7%	71,6%
Reinvestitionsquote	193,1%	139,6%	24,3%	117,1%	338,9%
2. Finanzlage					
Eigenkapitalquote in %	-66,3%	-7,2%	3,7%	11,4%	14,5%
Fremdkapitalquote in %	166,3%	107,2%	96,3%	88,6%	85,5%
Anlagendeckung I in %	-126,0%	-18,5%	12,2%	38,6%	40,1%
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	279.350 €	247.940 €	286 T€	244 T€	337 T€
3. Ertragslage					
Umsatzrentabilität in %	30,3%	32,6%	18,4%	16,1%	17,6%
Eigenkapitalrentabilität in %	-39,0%	-486,2%	357,5%	5,3%	12,8%
Gesamtkapitalrentabilität in %	32,4%	38,6%	16,8%	3,2%	11,3%
4. Erfolgskennzahl					
Personalintensität in %	54,6%	43,1%	61,9%	61,7%	59,9%

Haushalt	2004	2005	2006	2007	2008
Erstattungen von EBGL für Serviceleistungen	0 €	-6.850 €	0 €	0 €	0 €

Bei den dargestellten Zahlen handelt es sich um Rechnungsergebnisse.

Stellenplan EBGL GmbH	2004	2005	2006	2007	2008
Geschäftsführer	1	1	1	1	1*
Stellv. Geschäftsführer	1	1	1	1	1
Arbeiter	17	25	25	25,25	15

* Der Geschäftsführer ist ebenfalls für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb tätig.

GL Service gGmbH

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Firma	GL Service gGmbH
Sitz	Tannenbergsstraße 53-55, 51465 Bergisch Gladbach
Gründung	01.12.2007
Gesellschaftsvertrag	Fassung vom 20.09.2007
Handelsregister	HR B 62188 beim Amtsgericht Köln
Geschäftsjahr	Kalenderjahr

2. Zweck der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die selbstlose Förderung auf materiellem, geistigen oder sittlichem Gebiet mit dem Ziel der sozialen Teilhabe und Integration, insbesondere für den Personenkreis nach § 53 Abgabenordnung. Das Unternehmen betreibt Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugend- und Altenhilfe, der Bildung und Erziehung sowie des Wohlfahrtswesens, insbesondere zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstige Maßnahmen vornehmen, die der Zweckbestimmung der Gesellschaft dienlich erscheinen. Hierzu gehören insbesondere die Durchführung von Arbeitsgelegenheiten nach SGB II und Asylbewerberleistungsgesetz, Maßnahmen und Einrichtungen der Beschäftigung und Qualifizierung nach den Sozialgesetzbüchern II, III, VIII, IX und XII sowie Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen der Jugendhilfe.

3. Zusammensetzung der Organe

3.1 Gesellschafterversammlung

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt Herr Peter Hoffstadt. Im Geschäftsjahr 2007 fand eine Gesellschafterversammlung statt.

Die Gesellschafterversammlung setzte sich am Ende des Geschäftsjahres 2007 wie folgt zusammen:

Herr Peter Hoffstadt,	Vorsitzender/ Mitglied des Rates
Herr Dr. Johannes Bernhauser,	stellv. Vorsitzender/ Mitglied des Rates
Herr Dr. Uwe Kassner,	Mitglied des Rates
Frau Brigitte Schöttler-Fuchs,	Mitglied des Rates
Frau Mechthild Münzer,	Mitglied des Rates
Herr Detlev Schnöring,	Mitglied des Rates
Herr Markus Gerhards,	Mitglied des Rates
Herr Jürgen Mumdey	Kämmerer der Stadt Bergisch Gladbach als Vertreter des Bürgermeisters

3.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft sind Herr Bruno Hastrich und Herr Stephan Dekker.

4. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 €. Die Stadt Bergisch Gladbach ist alleinige Gesellschafterin der GL Service gGmbH.

5. Beschäftigte

Die Anstellung der Mitarbeiter erfolgte erst zum 01.01.2008. Der Stellenplan 2007 weist 13,5 Stellen aus.

6. Wirtschaftsprüfer

Die Gesellschaft beauftragte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott mit der Prüfung des Jahresabschlusses.

7. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat im Rumpfgeschäftsjahr für die Zeit 01.12.2007 bis 31.12.2007 einen Jahresüberschuss von 27 T€ erzielt. Dieses Ergebnis ist geprägt durch die Spende der Kreissparkasse Köln von 18 T€. Der Umsatz von 43 T€ entspricht dem Planansatz im Wirtschaftsplan.

9. Berichterstattung über die Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

10. Ausblick

Für 2008 erwartet die Gesellschaft erhöhte Umsätze, zurückzuführen auf die geplante Erschließung neuer Geschäftsfelder, um die betreuten Personen für den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Als Chancen der zukünftigen Entwicklung sieht die Gesellschaft die Kooperation mit anderen Gesellschaften zwecks Fortbildung der betreuten Personen.

Unter Risiken der künftigen Entwicklung führt die Gesellschaft die Abhängigkeit der Einnahmen von den Maßnahmenpauschalen der K-A-S Rhein-Berg auf.

Kennzahlen im Überblick/ GL Service gGmbH

	2007	
1. Vermögenslage		
Anlagenintensität in %	6,8%	
Umlaufintensität in %	93,2%	
Investitionsquote	1,2%	
Reinvestitionsquote	13,9%	
2. Finanzlage		
Eigenkapitalquote in %	44,3%	
Fremdkapitalquote in %	55,7%	
Anlagendeckung I in %	650,0%	
Cashflow aus lfd. Geschäftstätigkeit	96 T€	
3. Ertragslage		
Umsatzrentabilität in %	62,8%	
Eigenkapitalrentabilität in %	34,6%	
Gesamtkapitalrentabilität in %	15,3%	
4. Erfolgskennzahl		
Personalintensität in %	4,7%	
Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt Kernhaushalt		
Direkte Zuschüsse:	0 €	
Stellenplan Bädergesellschaft		
	2007	2008
Anzahl Stellen lt. Stellenplan:	13,5	16,5

Kennzahlen im Überblick

Im Beteiligungsbericht der Stadt Bergisch Gladbach werden anhand der nachfolgenden Kennzahlen die Bestands- und Erfolgswerte der Gesellschaften ausgewertet bzw. analysiert.

KENNZAHLEN ZUR VERMÖGENSLAGE	
<p>Anlagenintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen.</p> <p>Eine hohe Anlageintensität ist ein Indiz für einen kostenintensiven (Fixkosten) Betrieb des Unternehmens.</p> <p>Bei geringer Anlagenintensität hat die Anlagendeckung nur eine geringe Bedeutung.</p>
<p>Umlaufintensität in %</p> <p>$\frac{\text{Umlaufvermögen} \times 100}{\text{Gesamtvermögen (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen.</p>
<p>Investitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil der Investitionen bezogen auf das Anlagevermögen.</p>
<p>Reinvestitionsquote in %</p> <p>$\frac{\text{Investitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen}}$</p>	<p>Die Reinvestitionsquote gibt an, in welchem Maß Wertabschreibungen durch Investitionen in Sachanlagen ausgeglichen werden.</p> <p>Bei über 100 % wird die Substanz erhalten bzw. ausgebaut. Werte unter 100 % deuten auf einen substantiellen Substanzverlust hin.</p>

KENNZAHLEN ZUR FINANZLAGE	
<p>Eigenkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital.</p> <p>Eine hohe EK-Quote gilt als Indikator für die Bonität und finanzielle Unabhängigkeit des Unternehmens.</p>
<p>Fremdkapitalquote in %</p> <p>$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital (=Bil.Summe)}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital.</p>
<p>Anlagendeckung in %</p> <p>$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$</p>	<p>Prozentualer Anteil des Eigenkapitals am Anlagevermögen.</p> <p>Die Anlagendeckung dient der Beurteilung der langfristigen Liquidität.</p>
<p>Cashflow</p>	<p>Die Kennzahl gilt als Indikator zur Beurteilung der Ertrags- und Finanzkraft eines Betriebes. Es kann so beurteilt werden, ob und inwieweit anstehende Investitionen aus eigener Kraft finanziert werden können bzw. Fremdfinanzierung notwendig ist.</p>

KENNZAHLEN ZUR ERTRAGSLAGE

<p><i>Umsatzrentabilität in %</i></p> <p><u>Betriebsergebnis x 100</u> Umsatzerlöse</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses an den Umsatzerlösen.</p> <p>Die Umsatzrentabilität misst den Betriebserfolg an der Umsatz-tätigkeit. Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.</p>
<p><i>Eigenkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Eigenkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Eigenkapital.</p> <p>Eigenkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Eigenkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>
<p><i>Gesamtkapitalrentabilität in %</i></p> <p><u>Jahresüberschuss x 100</u> Gesamtkapital</p>	<p>Prozentualer Anteil des Jahresüberschusses am Gesamtkapital.</p> <p>Gesamtkapitalrentabilität gibt an, in welcher Höhe sich das eingesetzte Gesamtkapital im Geschäftsjahr verzinst hat.</p>

WEITERE KENNZAHL

<p><i>Personalintensität in %</i></p> <p><u>Personalaufwand x 100</u> Gesamtleistung (Umsatzerlöse)</p>	<p>Prozentualer Anteil des Personalaufwandes an der Gesamtleistung.</p> <p>Die Personalintensität misst die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes des Faktors Arbeit.</p>
--	--